

für Halle vierteljährlich bei zweimonatlicher Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgeld.

Alle unterhalb eingehende Namenskarte mit Preis überholt überzinsen. Stadtkont. mit mit Quellanangaben: „Saale-Bl.“ gefaltet.

Reaktion und Comp. Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Reichsgeschäftsstelle: Markt 24.

Saale-Zeitung.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

weder die 6 getrennte Kolonnen oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in weiteren Abnahmestufen und allen Anzeigen-Spezialitäten angemessen. Reklamen die Seite 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Reaktion und Comp. Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Reichsgeschäftsstelle: Markt 24.

Die elsass-lothringische Verfassungsfrage im Abgeordnetenhaus.

(Ein Bededuell zwischen Herrn v. Heydebrand und dem Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg.)

56. Sitzung. Donnerstag, den 23. März, 11 Uhr.

Die dritte Lesung des Etats.

Ein Antrag aller bürgerlichen Parteien verlangt, daß die Staatsregierung künftig den Landtag je zeitig einberufe, daß die größeren Gesetzentwürfe vor Beginn der ersten Lesung beraten und in die Kommissionen verwiesen werden können, ferner dafür zu sorgen, daß diese Vorlagen sämtlich dem Landtage bei jedem Zusammentritt zugehen.

Abg. Dr. v. Heydebrand (l.) bespricht die Stellungnahme Kreuzens zu der elsass-lothringischen Frage. Die Verwendung der preussischen Stimmen im Bundesrat ist ein Regierungsakt, der wie alle anderen der Kontrolle der preussischen Volksvertretung unterliegt. (Sehr richtig! rechts.) Ich verhehle nicht, daß mir dem Standpunkt der Regierung bei Vertretungen des preussischen Staatsinteresses im Bundesrat nicht zu folgen vermag. Wir behalten uns vor, die preussische Staatsregierung zu gegebener Zeit zur Rechtfertigung aufzufordern. (Hört, hört! links; lebhaft Zustimmung rechts.) Die preussischen Landesinteressen werden von der Frage, wie Elsass-Lothringen verfassungsmäßig im Deutschen Reich dasteht, erheblich berührt. Es handelt sich hier um die Sicherheit des Deutschen Reiches. Das Reich verdammt keine Existenz zum großen Teil der preussischen Macht und der preussischen Politik. Das gibt uns das Recht, auszusprechen, daß wir die Gestaltung der elsass-lothringischen Vorlage nicht für eine glückliche und richtige halten. Durch Einführung von drei neuen Stimmen für Elsass-Lothringen, der auch die Staatsregierung zugestimmt hat, wird der preussische Einfluß im Deutschen Reich außerordentlich geschwächt. (Lebhaft Zustimmung rechts.) Es ist nicht zweifelhaft, daß unsere historische Machtstellung sich nicht auf Selbstverleugung aufbauen kann. Wir haben keine Gegenpositionen gegen die sehr erhebliche Schwächung des preussischen Einflusses im Bundesrat. Schon bei Gründung des Reiches war der preussische Einfluß vielleicht schon auf das äußerste Minimum gesunken. Der deutsche Zukunft bedeutet es kein Glück, wenn eine Schwächung des preussischen Einflusses vorgenommen wird. Wir halten es daher für eine deutsch-nationale Pflicht, auszusprechen, daß wir anderer Meinung sind als die Regierung. Die preussisch-konfervative Partei würde ihres Namens nicht wert sein, wenn sie nicht den Mut hätte, das auszusprechen. Die Regierung darf sich keiner Täuschung hingeben, daß das, was ich hier mit aller Mühseligkeit, aber, wie ich glaube, auch mit aller Entschiedenheit gesagt habe, in tausend patriotischen Herzen wiederfindet. (Lebhafter Beifall b. d. Rom.)

Abg. Dr. Friedberg (nl.): Ich stimme dem Vorredner zu, daß wir ein Recht der Kontrolle und der Kritik über die Bestimmungen, die im Bundesrat von Preußen vorgenommen werden, haben. Ich kann mich hier auf Fritz Bismarck berufen, der sagte, das Verhalten der preussischen Regierung im Reich wird von einer Diagonale zwischen verschobenen Rechten dirigiert. Im Gegensatz zum Vorredner können wir aber eine Gefahr der Verletzung des Einflusses Preußens durch die Art, wie die elsass-lothringische Frage von der Reichsregierung getupelt werden soll, nicht erkennen. Vom politischen Gesichtspunkte aus hätte ich es für sehr bedauerlich, wenn man diese ganze Verfassungsänderung Elsass-Lothringens nicht anerkannt hätte. Es wäre vielleicht klüger gewesen, die Mächte, über die wir gegenüber den wichtigsten Grenzländern verfahren, nicht zu schwächen. (Lebhaft Zustimmung b. d. Rechten.) Auch wir würden es für ein nationales Unglück halten, wenn durch diese Art einer Schwächung Preußens im Reich eintreten würde. Ein starkes Preußen ist die beste Garantie für die Aufrechterhaltung des Reiches. (Lebhafter Beifall b. d. Rechten.)

Abg. Dr. v. Jellitzsch (fr.): Wir wollen uns bei Besprechung des Etats aller Beiratsmitglieder enthalten, insbesondere aller Reden, die dem Parteizweck gewidmet sind. Der Parteizweck gehört nicht auf die Tribüne, er soll draußen bleiben. (Große Heiterkeit.) Die Erklärungen des Staatssekretärs des Innern in der Kommission für die elsass-lothringische Verfassung müssen vom preussischen Standpunkt aus die ernstesten und schwersten Bedenken erregen. Wir laufen Gefahr, daß die elsass-lothringischen Stimmen im Bundesrat im Sinne der jüdisch-deutschen demokratischen Tendenzen abgegeben werden. (Sehr richtig! rechts.) Mit dem Fortschreiten der Demokratie ist aber eine lebenskräftige Monarchie nach preussischem und deutschem Mutter unvereinbar. Die Normatstellung Preußens ist im Interesse Deutschlands aufrechtzuerhalten. Selbstverleugung wäre hier gleichbedeutend mit Mangel an Pflichterfüllung. Wir finden den Preis für eine in Elsass-Lothringen gemachte Verfassung, von der wir nicht wissen, wohin sie geht, viel zu hoch, und wir hätten fast gewünscht, daß dieser Verlust nicht unternommen wäre. (Stimmliche Zustimmung rechts.) Die Staatsregierung hat in dem Falle nicht mit der Weisheit gehandelt, die sie sonst zu eigen ist. Keine Konzeption, Preußen wie die Normat stellen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Hübner (sp.): So, wie die Geschichte hier in letzter Zeit geführt ist, und geführt werden mußten, kann es auf die Dauer nicht weitergehen. Dieser Zustand ist mit der Verfassung nicht vereinbar, wenn Abende lang Kommissionen hier tagen, in denen 80 Abgeordnete sitzen, während hier im Saal 15 bis 16 Personen vorhanden sind. (Sehr richtig!) Weiter ist der Zustand

mit der Geschäftsordnung unvereinbar, daß Anträge über Anträge an das Haus kommen, daß aber, wenn es kommt, die Anträge zu beraten, man sich darüber einigt, die Anträge von der Tagesordnung abzuhängen. Gerade wie die Dinge bei uns in Preußen liegen, sollte das Parlament nichts Klügeres zu tun haben, als den Antrag meiner politischen Freunde auf Veränderung des Wahlsystems zu beraten. (Lebhaft Zustimmung links; lebhaft rechts.) Die ganzen Ausführungen des Herrn von Heydebrand über Elsass-Lothringen von der Aufrechterhaltung der preussischen Interessen hängen sehr schön. Ich glaube aber, ein gut Teil der Abneigung der Herren auf der Rechten beruht nicht allein auf diesem Punkte, sondern auch gerade auf dem dortigen Wahlrecht. (Sehr richtig! links.) Die elsass-lothringische Frage haben die Abg. Dr. v. Jellitzsch und v. Heydebrand allein vom preussischen Standpunkt aus betrachtet. Wir betrachten sie in erster Linie von deutschen Standpunkt aus. In Elsass-Lothringen wohnen sehr viele Deutsche, die auch ein Recht darauf haben, daß ihre Interessen berücksichtigt werden. (Sehr richtig! links.) Man kann nicht in der Weise verfahren, daß man sagt, vom preussischen Standpunkte aus ist es notwendig, daß die Dinge so gestaltet werden, wie sie sind. (Große Heiterkeit.) Die preussischen Rechte verächtlich zu machen, das ist ein Recht darauf haben, daß auch ihre politischen Rechte berücksichtigt werden. (Sehr richtig! links.) Die hier geübte Kritik geht doch weit über das Ziel hinaus. Der Einfluß Preußens im Deutschen Reich ist so groß, daß er auch durch ein derartiges Gesetz nicht beeinträchtigt werden wird. (Ja, na! rechts.) Es ist geradezu ein nobilit officium Preußens, die dem Gesetzentwurf zugestimmen (Gelächter rechts), vom Standpunkte der deutschen Einheit, vom Standpunkte des deutschen Vaterlandes. (Zustimmung links.) Die Wahlrechtsfrage muß endlich hier erledigt werden, damit wir aus den jetzigen unbehaglichen Zuständen in Preußen herauskommen. (Sehr richtig! links.) Freilich, eine so reaktionäre Tendenz ist durch dieses Haus noch nie gegangen, wie gerade in der jetzigen Zeit. (Sehr richtig! links.) Unsere Klagen hinsichtlich der Uebergriffe politischer Parteien haben keinen Widerhall gefunden, weder bei der Regierung noch bei der Mehrheit des Hauses. Dem Zentrum muß man den Vorwurf machen, daß es in diesem Kampf um die Gleichberechtigung, in dem Kampfe um die Vereins- und Versammlungsfreiheit in einer Weise in diesem Winter verlagert hat, wie wir es doch vorher nicht annehmen konnten. Eine reaktionäre Tendenz, die ihren Grund hat in dem Komploit zwischen Konservativen und Zentrum. Das Zentrum sorgt dafür, daß die ungerechtfertigten Vorrechte, die bei uns eine gewisse Klasse im Staate hat, um Gottes willen nicht beschränkt werden. So wurde bei der Reichsfinanzreform mit erfreulicher Deutlichkeit von den Konservativen der Wunsch erklärt, die Brantmeintliche Besage zu erhalten, und das Zentrum hat diesen Wunsch erfüllt. Auf der anderen Seite sorgt die konservative Partei dafür, daß der Ultramontanismus seinen Einfluß behält, wie wir es erst wieder vor kurzem gesehen haben. Wenn man die Art betrachtet, wie Herr von Heydebrand hier seine Erklärungen abgibt, die Reichskanzler zitiert und den Willen der konservativen Partei klar und deutlich zum Ausdruck bringt, so kommt man zu der Meinung, daß das eigentlich keine Förderung der Staatsautorität darstellt. (Zustimmung links.) Als wir neulich hier die Debatte über den Antimodernisierend hatten und der Reichskanzler eine Erklärung abgab, wie er es selber zur Aufrechterhaltung der Staatsautorität nicht abgeben konnte, da brachte am nächsten Tage die „Reinigung“ von besonderer Seite eine Erklärung, die meine Ansicht nach alles was vom Standpunkt der Regierung der Staatsautorität verlangt wird, vernichten ließ. Ich komme deshalb zu dem Schluß, daß alles das, was die Konservativen im Interesse des evangelischen Glaubens und der Staatsautorität sagen, lediglich ein Schein war. (Sehr richtig! links.) So kann man denn doch solchen Vorgängen gegenüber, wie sie sich beim Antimodernisierend abgepielt haben, nicht Stellung nehmen. Wir sind der Meinung, daß es ein Ueberdruß in sich ist, einen Eid zu schwören, der auf nichts Anderes herauskommt, als erst. Eine Unwahrheit zu lehren. (Große Lärme im Zentrum.) Nach unserer Ansicht darf ein Lehrer nichts anderes lehren, als was er mit seiner inneren Ueberzeugung als richtig erkannt hat. Wenn man den evangelischen Glauben und das evangelische Bewußtsein vertreten will, dann muß man gegen diesen Eid front machen. Herr von Jellitzsch hat hier von Parteihader gesprochen. Ich weiß nicht, was er darunter versteht. Wenn ich meine, daß wir uns den Mund verbinden sollten, dann weiß ich wirklich nicht, wozu wir noch ein Parlament haben. Wir müssen hier der Stimme des Volkes Ausdruck geben, damit es besser wird. Am besten wäre es, Sie schloßen den Reichstag und appellierten an das Volk. Das Volk wird sich die richtige Antwort finden. (Lebhafter Beifall links.) (Lachen rechts.)

Abg. Dr. Forst (str.): Das Volk wird schon die richtige Entscheidung treffen. Wir verüben uns die Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten. In der Frage des Verweises haben die Herren auf der Linken noch sonst auf ihrem Schuldenlohn, daß sie uns keine Vorwürfe machen dürfen. Wir haben zu unerkennbaren im Reich das Vertrauen, daß sie die außerordentlich schwierige und wichtige elsass-lothringische Frage in einer die

Interessen des Reichs und Preußens berücksichtigenden Weise lösen werden. (Beifall im Zentrum.) Abg. Dr. Hübner (sp.): Der Parteireifer gehört zum Parlamentarismus. Reichskanzler Höpfer hat seine eigene Rede gehalten: Wenn es die Interessen der Junker gilt, dann preisen Sie auf das Reich. Die Rechte behandelt die Regierung wie einen Hund. Heute hat die Regierung von Herrn Heydebrand, der im Ton eines Regierenden und Befehlenden sprach, ihre Pfeile bekommen. (Hört, hört! rechts.) Präsident v. Krollert ruft den Redner zur Ordnung. Die preussische Geschichte ist nicht mit Rosenwasser und Christentum, sondern mit gutem Eisen und Rechtsbruch gemacht worden. Als Redner auf die Moschisten Vorgänge eingieng und von den Mördern des Arbeiters Hermann, diesem Schandmaß der Polizei, spricht, ruft ihn der Präsident zum zweiten Mal zur Ordnung. Redner schließt mit einer Potemkin gegen die Nationalliberalen und das Zentrum.

Abg. Dr. v. Erffa (kon.): Der Abg. Hübner hat hier eine Wahlrede gehalten und dem Abg. v. Heydebrand vorgehalten, daß er der Regierung einen Tadel ausgesprochen hätte. Sollen wir denn überhaupt nicht mehr unsere Meinung sagen? (Sehr richtig! rechts.) Das ist ja ein alter Trick der freirechtlichen Partei: Gegen die Konfessionen mit der Regierung, sind sie Gebieter und Knechtchen, sagen sie einmal etwas gegen die Regierung, so wird ihnen ihre Opposition vorgeführt. Herr Hübner hat aber jetzt am allermeisten Ursache, uns zu dekreten, wo seine Parteigenossen sich auf Leben und Tod mit der Sozialdemokratie verübelt haben. Dabei hat die Sozialdemokratie gerade jetzt in der feinsten Weise die Republik proklamiert. (Große Lärme links und Zwischenrufe b. d. Soz.: Frech! — Präf. v. Krollert: Das Wort „frech“ habe ich nicht auf ein Mitglied des Hauses bezogen. — Heiterkeit.) Hier im Hause hat ja auch niemand die Republik proklamiert. Mit seiner Kritik der Geschäftsabhandlung im Hause war Abg. Hübner jedenfalls auf dem Holzwege. Die Motive ist verstanden durch das ja viele und zu lange Reden. Vor allem sind die Sozialdemokraten hier die Schuldigen. (Lebhaft Zustimmung rechts.) Gerade die Abendstunden waren wegen der sozialdemokratischen Zmei- und Dreihundrednen notwendig. Der vorgelegte Antrag ist notwendig; ich fürchte aber, daß er eine große Wirkung nicht haben wird. (Sehr richtig!)

Abg. Schiller (nl.): Die Formen, die hier beobachtet wurden, waren auch auf konfessioneller Seite nicht immer einwandfrei. Ein konfessioneller Redner hat einem Minister gegenüber mit der Faust auf das Rednerpult geschlagen. (Sehr richtig! links.) Der Ministerpräsident von Bethmann Hollweg erscheint im Saal. So wußt Herr v. Heydebrand wie Herr v. Jellitzsch haben heute der Regierung schwere Vorwürfe gemacht. Auch wir wollen Preußen hoch halten. Deutsches Wesen soll gleich erhalten werden durch preussische Art. Wir halten aber den Vorwurf gegen die preussische Regierung, sie habe Preußens Machtstellung nicht genügend gewahrt, für überaus trübend und in diesem Falle für ungerecht. (Sehr richtig! links.) Die preussische Geschichte hat schon häufig ein kluges und edles Nachgeben der preussischen Regierung gezeigt. Sie hat hier Selbstverleugung im Sinne von deutlichem Bundeslügen gezeigt. Ein großer Staat kann eben nachgiebig sein im Bewußtsein auf seine Stärke. Es handelt sich auch jetzt um moralische Überlegenheit. (Widerpruch rechts.) Wenn man auch vielleicht in einzelnen kläglichen Bedenken wegen der Faltung der Regierung in der elsass-lothringischen Frage haben kann, so entbehrt doch der oben geschilderte generelle Vorwurf der geringsten Unterlage. (Sehr richtig! links.) Der Antrag Friedberg wird hoffentlich von der Regierung berücksichtigt werden. So, wie wir jetzt arbeiten, kann es nicht weitergehen. Allerdings müssen wir uns auch in den Debatten etwas Beschränkung auferlegen. Ich möchte eine noch malige authentische Erklärung darüber haben, ob die bekannte Abhandlung über die Reichsfinanzreform von der Regierung ausgegangen ist. Sollte doch der Minister des Innern diese Abhandlung veranlaßt haben und vielleicht eine neue Auflage erforderlich (Heiterkeit), so möchte ich bitten, daß dabei das Bestehen des Herrn von Heydebrand, daß die Brantmeintliche von den springenden Punkt der ganzen Vorlage gebildet hat, nicht ausgeschlossen. (Heiterkeit und sehr gut! links.) Das wird die notwendige Erkenntnis über die Reichsfinanzreform und ihre Verwirklichung im Lande außerordentlich steigern. Was die Wahlen anlangt, so sollte die Staatsregierung auf Grund der Debatten in diesem Hause einen Katalog über die Pflichten der Beamten bei den Wahlen herausgeben. (Lebhafter Beifall links.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Es ist mir nicht möglich gewesen, die Ausführungen persönllich zu hören, die die Redner der konservativen und freikonservativen Fraktion zur elsass-lothringischen Verfassungsfrage gemacht haben. Ich kann nur auf das Bezug nehmen, was mir über die Verhandlungen berichtet worden ist. Danach hat der Redner der konservativen Partei den schweren Besorgnissen Ausdruck gegeben, von denen seine Freunde gegenüber der elsass-lothringischen Frage erfüllt werden. Diese Besorgnisse stimmen überein mit der Haltung, die die konfervative Partei im Reichstage dem Gesetzentwurf gegenüber einnimmt. Wenn sich dort zu meinem Bedauern die konfervative Partei ablehnend den Vor-

Wagen der verbündeten Regierung gegenüber verhält, so muß ich doch auf der anderen Seite anerkennen, daß es nur folgerichtig ist, wenn man auch hier die konföderale Partei hinsichtlich der Elsaß-Lothringern zugunstigen Bundesratsstimmen ihren Begehren Ausbund gibt. Auf der anderen Seite ist mit Mitleid zu merken, daß der Redner der freikonföderativen Partei in eine überaus scharfe Kritik der Stellung eingetreten ist, welche die Staatsregierung im Bundesrat bezüglich der Elsaß-Lothringischen Frage eingenommen hat und daß er speziell, was die Verteilung von Bundesratsstimmen an Elsaß-Lothringern betrifft, von einer Vernachlässigung, von einer

Mißachtung preussischer Lebensinteressen

gesprochen hat. Ich muß dieser Auffassung mit aller Entschiedenheit widersprechen. Wenn ich suchen bezüglich der Haltung der konföderativen Partei der rechten Seite dieses Hauses eine Uebereinstimmung in ihrer Haltung und der Haltung ihrer Freunde im Reichstage konstatieren konnte, so trifft das Gleiche bezüglich der freikonföderativen Partei und der deutschen Reichspartei nicht zu. Wenn ich die Situation im Reichstage richtig beurteile, so ist die deutsche Reichspartei bestrebt, die Vorlage zu einem positiven Abschluß zu bringen. Die deutsche Reichspartei ist es speziell gewesen im Reichstage, welche die Verteilung von Bundesratsstimmen in Elsaß-Lothringern als eine notwendige Voraussetzung für ihre Zustimmung bezeichnete. (Hört, hört! links.) Ich habe es beschuldigt nicht vollkommen verstehen können, wie der Herr von Sedlitz — immer vorausgesetzt, daß ich richtig verstanden worden bin — gegen die Verteilung von Bundesratsstimmen einen so scharfen Widerspruch erheben und eine so scharfe Sprache führen konnte. (Zurufe b. d. Freikonf.) Wenn ich falsch unterrichtet worden bin, so nehme ich diese Ausführungen zurück. Ich bin nur, wie gesagt, in der Lage, auf Grund der mir gemachten Mitteilungen zu sprechen. Ich will nun darauf verzichten und muß darauf verzichten, Ihnen heute die Gründe auseinanderzusetzen, aus denen die preussische Regierung in einmüthiger Uebereinstimmung mit den gesamten verbündeten Regierungen die Fortbildung der Elsaß-Lothringischen Verhältnisse in der Richtung auf

eine größere Selbstständigkeit der Reichslande

als ein Erfordernis sowohl im Interesse der Reichslande als des Reiches selbst angesehen hat. Ich würde es nicht für opportun halten, diese grundsätzliche Seite der Angelegenheit in einem Augenblicke hier zu erörtern, wo der Reichstag in voller Arbeit auf diesem Entwurfe steht. (Sehr gut! links.) Ich habe meine Stellung in dieser grundsätzlichen Frage im Reichstage so ausführlich auseinandergesetzt, daß ich um die Erlaubnis bitten darf, hier in diesem Hause auf meine Ausführungen dort drüben Bezug zu nehmen. Wenn ich jetzt mit wenigen Worten die Frage der Verteilung der Bundesratsstimmen an Elsaß-Lothringern herausgreife, so kann ich die Frage nur von dem Standpunkte aus behandeln, daß ich grundsätzlich die größte Selbstständigkeit der Reichslande als einen Gewinn für die Reichslande selbst und für das Reich ansehe. (Sehr richtig! links.) Wenn ich von dieser Voraussetzung ausgehe, so ist der Wunsch Elsaß-Lothringern nach einer Beteiligung am Bundesrat, wie mir scheint, vollst. verständlich. Elsaß-Lothringern erwidert in dieser Beziehung nicht nur ein Ehrenrecht, das die Reichslande in dieser Beziehung den übrigen Staaten des Reiches gleichberechtigt an die Seite stellt, sondern es erwartet darüber hinaus von den von ihm begehren Bundesratsstimmen, daß ihm die Möglichkeit gegeben werde, die Bundesinteressen, namentlich

die wirtschaftlichen Interessen der Reichsgegend, in demjenigen Maße zur Geltung zu bringen, das der Bedeutung dieser Interessen entspricht.

Ich bezweifle, daß nicht nur hier im Hause, sondern auch bei sonstigen Gelegenheiten Gegner der Fortbildung der Elsaß-Lothringischen Verfassung die Bedeutung der Reichslande als eines Festungsgeländes hinführen. Gewiss, sollten wir, was Gott verhüten möge, in einen Krieg mit Frankreich kommen, so würden die Reichslande in dieser Beziehung ihre Rolle zu spielen haben. Das ergibt sich aus der

geographischen militärischen Lage der Reichslande

ganz von selbst. Aber wir haben 1870/71 die Reichslande nicht ermorde zu dem Zwecke, sie unter Napoleonbestürmung zu stellen, sondern wir leben in ihnen ein Land, das wir politisch kulturell und wirtschaftlich so eng wie möglich mit dem deutschen Vaterlande verschmelzen müssen. (Sehr richtig!) Wenn wir das nicht tun, so verfallen wir eine Pflicht, welche dem Reich gegenüber seinem jüngsten Glied obliegt. (Sehr richtig!) Wenn Elsaß-Lothringern in den Bundesrat eintritt, wenn es tätig teilnimmt an den Reichsgesetzen mit Abstimmungsrechten, so erscheint es mir auf der Hand zu liegen, daß die Beteiligung Elsaß-Lothringern an den Reichsgesetzen geeignet ist, seine Vermittelung mit dem Reiche weiter zu fördern, und darum hat nicht nur Elsaß-Lothringern, sondern das Reich selbst ein selbständiges Interesse daran, Elsaß-Lothringern Bundesratsstimmen zu gewähren. Ich habe diesen Standpunkt persönlich von Anfang an gestellt (Hört! hört!) Wenn ich eine Modalität gefunden hätte, unter der es möglich gewesen wäre, in dem Gelegentwurf für Elsaß-Lothringern schon von vornherein eine Beteiligung Elsaß-Lothringern am Bundesrat einzuräumen, so hätte ich das bestrimmt. Die Schwierigkeiten, welche einer derartigen Formulierung entgegenstanden, sind bekannt. Sie gehen letzten Endes auf die Bedenken zurück, welche jede Verlesung der Verhältnisse innerhalb des Bundesrates entgegenstehen. Nun sind im Reichstage alle Parteien, welche eine Verlesung des Gesetzes wünschen, für die Bundesratsstimmen eingetreten. Wenn ich mich persönlich geneigt gezeigt habe, diesen Wünschen entgegenzukommen, so habe ich damit lediglich eine Pflicht vertreten, die ich von vornherein lediglich als die richtige angesehen habe. Die Lösung, welche namentlich die verbündeten Regierungen auf Antrag Preußens dem Reichstage vorgeschlagen haben, ist nach meiner Ueberzeugung eine solche, welche den Interessen der Reichslande und des Reiches dient und welche für Preußen annehmbar ist. Gewiss, wenn Sie die Sachen nicht zahlenmäßig ansehen, dann kann man von einem zahlenmäßigen Opfer Preußens sprechen. Aber man sollte unterscheiden, inwiefern das zahlenmäßige Opfer ein reales Opfer ist. Man soll, selbst wenn es sich um ein Opfer handelt, doch nicht ein Opfer gleichstellen einer Gefährdung staatlicher Interessen Preußens, das ist falsch. Das Deutsche Reich ist auf ganz anderen Opfern der Einzelstaaten aufgebaut, als es dieses Opfer ist, von dem Sie erst. hier sprechen können. Preußen hat bei der Aufichtung des Reiches nicht das geringste

Opfer gebracht. (Sehr richtig!) Preußen kann seine prärogative Stellung im Reich nur wahren, wenn es bereit ist, Opfer zu bringen, wenn es das Wohl des Reiches fordert.

Wir können in Preußen keine kleinlich beschränkte Politik machen. Wenn wir das täten, würden wir das Vertrauen der Bevölkerung und der Bundesstaaten in die Grundfesten des Reiches untergraben. (Sehr richtig! links.) Am nun auf die Verteilung der Bundesratsstimmen an Elsaß-Lothringern, die so sehr angegriffen ist, zu kommen, so kann dadurch in zwei oder drei Fällen, um mehr handelt es sich nicht, wo die Stimmenkombination im Bundesrate auf des Meisters Schmelde steht, die Abstimmung um ein Kleines an Ungunsten Preußens verfallen werden (Bewegung rechts.) Gewiß, so liegt die Situation tatsächlich und das gebe ich Ihnen vollkommen offen zu. Aber ich will gleich eines hinzufügen: Wer den Geist und die Ehre hat, in dieser Benennung von Vertretern der deutschen Bundesstaaten zu arbeiten, der weiß, daß große Fragen unseres Reiches dort nicht nach Rechenexemplen gelöst werden. (Zustimmung links.) Es gibt keine große Frage im Reiche, in der wir in der ganzen Vergangenheit und Gegenwart des Reiches nicht zu einem einmüthigen Votum im Bundesrat gekommen wären. (Hört! Hört!) Und daran werden die drei Vertreter Elsaß-Lothringers nichts ändern. (Bravo.) Diese drei Stimmen werden die Stellung und den Einfluß, die Preußen im Bundesrate hat und haben muß — da unterbreite ich vollkommen das, was Abg. Schiffer gesagt hat — nicht untergraben.

Preußens Einfluß

beruht nicht auf der Abbitton oder Subtraktion von Bundesratsstimmen, sondern auf seinen geschichtlichen Leistungen und auf seiner geschichtlichen Mission. Und dieser Einfluß wird aufrecht erhalten bleiben, so lange Preußen seine Mission weiterverfolgt. Preußen kann in seiner Reichspolitik nicht fragen, wie kann ich in dieser oder jener Frage Sonderinteressen Preußens fördern, wie kann ich erst. Opfer, die Preußen zugunsten werden, ablehnen. Ich kenne keine solchen Gegenstände zwischen preussischen und Reichsinteressen. Diese Interessen stehen, wenn sie richtig aufgefaßt werden, zusammen, sie stehen zusammen — dem will ich den Herzen von der Linken auch sagen — nur dann, wenn Preußen bestrebt ist, die Macht, die es hat und vermöge deren das Deutsche Reich gesichert worden ist, unerschrocken aufrecht zu erhalten. (Große anhaltende Bewegung.) Aber, wenn man von dieser Auffassung ausgeht, so soll man keine kleinliche Rechnung treiben. Wenn ich diese Rechnung aufmachen würde, dann würde schon gegenwärtig, ohne die drei eifrigsten Stimmen, die preussische Rechnung immer mit einem Ueberschusse abschließen, wenn Sie die Macht und Bedeutung Preußens tatsächlich nach Bundesratsstimmen abschätzen wollen. Aber das ist richtig, in diesem Sinne hat Bismarck, der unsere Verfassung gemacht hat, die Grundlagen unserer Verfassung nicht aufgefaßt. (Hört! Hört! links.) Wie hat er sich zur Frage der Bundesratsstimmen gestellt?

Im norddeutschen Bunde

hatten wir im ganzen 43 Bundesratsstimmen, von denen Preußen 17 hatte. Im Jahre 1870/71 trat Süddeutschland mit 15 weiteren Stimmen hinzu. Dieser Stimmenzuwachs konnte ja zu einer Schwächung des preussisch-norddeutschen Einflusses gegen Süddeutschland führen. Da zu Bismarck daran gedacht, 1870/71 die preussischen Stimmen zu vermehren? Nein, die 17 Stimmen sind aufrecht erhalten worden, obwohl die Gesamtzahl von 43 auf 58 stieg. Und nun soll ich belagern, daß Preußens Recht, Preußens Macht, Preußens Einfluß vermindert wird, wenn ich Elsaß-Lothringern diese 3 Stimmen zubillige und mit der Anzahl, die ich Ihnen angegeben habe. (Sehr richtig! links.) Das ist eine Auffassung, die ich nicht zu der meinigen machen kann.

Ein Sachverhalt beendet die allgemeine Aussprache.

Der Antrag der bürgerlichen Parteien wird einstimmig angenommen, eine Reihe kleinerer Etats debattellos genehmigt.

Beim Domänen- und Forstetat bringen die Abg. Heine (n.), Leo (Ztr.), Engelmann (n.), Buch (Ztr.), v. Veit (Ztr.) und Stroebel (Ztr.) eine Reihe von Einzelwünschen vor.

Abg. Buch (Ztr.) wendet sich gegen die Sozialdemokraten, die den Umritz predigen und nun verlangen, daß die Regierung sozialdemokratisch organisierte Arbeiter in den Staatsbetrieben beschäftige. Die Sozialdemokratie irrt, wenn sie die größten Arbeiter (Abg. Dieckhoff) zitiert; Schindler Sie doch nicht so hochmütig gegen zusammen — Vizepräsident Dr. Forst ruf den Abg. Dieckhoff zur Ordnung.

Abg. Stroebel (Ztr.) meint, daß der Abg. Buch das Zentrum nicht schärfer klammern konnte, als durch seine Ausführungen. Der Etat stehe über den Parteien und könne Mitglieder der freien Gewerkschaften nur unter Rechtsbruch von den staatlichen Betrieben ausschließen. Das Zentrum handle feige und schimpflich. (Präsident v. Röscher ruft den Redner zur Ordnung.)

Abg. Imbusch (Ztr.) Die Sozialdemokratie ist die Partei des organisierten Terrors.

Minister Ztr. v. Schorlemer erklärt, daß er ein Bedürfnis zur Organisation von Arbeitervereinen nicht anerkenne. Er habe gewiß ein Herz für die Arbeiter und ihre Bedürfnisse, werde aber ebenso darauf hinwirken, daß die Autorität des Staates als Arbeitgeber nicht Schaden leidet und der Friede aufrechterhalten wird, selbst auf die Gefahr hin, damit das Mißfallen der Sozialdemokraten erregen zu müssen. (Beifall.)

Beim Landwirtschaftsstatet beschreiben die Abg. Kühn (Ztr.), v. Krosen (b. t. P.) und Engelmann (n.), die Vorlage der Minister.

Minister v. Schorlemer hofft, daß mit dem Beifallen des Staates und der Kommunalverbände der Mangel an Gehörten wird. Mehr als gefehlt, konnte nicht gegeben werden, da die staatliche Beihilfe aus dem allgemeinen Staatsfidej. genommen werden muß und daher auch den Staatsbürgern zur Last fällt, die nicht mit Weinbergen geeignet sind.

Abg. Meyer-Diepholtz (n.) wünscht mildere Handhabung der Sperrvorschriften bei Maul- und Klauenseuche.

Abg. Hoff (Ztr.) spricht über die Tuberkulinimpfung beim Rindvieh.

Abg. Veinert (Ztr.) bezeugt es als merkwürdig, daß Kaiserlicher an den Bund der Landwirte stießen.

Abg. v. Wonna (n.) begrüßt, daß die Vorarbeiten zur Antikivierung der Viehdänken in Angriff genommen sind.

Abg. Götting (Ztr.) beklagt die Seuchengefahr, die Döpreußen durch die russische Einfuhr droht.

Abg. Dr. Hahn (Ztr.): Herr Götting hätte auch den Schluß eines ausserordentlichen Seuchengesetzes ziehen sollen.

Minister v. Schorlemer dankt dem Reichstage und dankt dem Reichstag für die Bekämpfung der Viehdänke der Landwirtschaftsetat wird genehmigt, ebenso der Getreidestat. Fortsetzung: Freitag 10 Uhr. Sitzung 7 Uhr.

Die Abstimmung zur Kalipropaganda. — Der Kolonialetat.

Deutscher Reichstag.

155. Sitzung, Donnerstag, 23. März 1911.

Die namentlichen Abstimmungen zur Kalipropaganda ergeben die Ablehnung des Antrags der Volkspartei betr. das Verbot der Anwendung an politische Organisationen mit 197 gegen 129 Stimmen (in der Minorität die Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Mehrheit der Nationalliberalen), sowie des Antrags der Sozialdemokraten, der die Frage Anknüpfung der Reichsfrage für sozialpolitische Zwecke zuführen will, mit 237 gegen 83 Stimmen (in der Minorität die Sozialdemokraten und die Volkspartei).

Der Präsident teilt mit, daß sich alle Parteien dahin geeinigt haben, den Baumwollbau, die Schafzucht, sowie sämtliche bergrechtlichen Verhältnisse einschließlich der Diamantenergie und die Kriegstoffenerzeugung für Südwest aus der allgemeinen Besprechung auszuschließen.

Abg. Erzberger (Ztr.): Der neue Staatssekretär hat zum ersten Mal seinen Etat vor dem Reichstag zu vertreten. Mit der finanziellen Gestaltung des Kolonialetats können wir zufrieden sein, 75 Prozent der Ausgaben werden von den Kolonien bereits selbst getragen. Man sollte aber einmal alle Kolonien nach einem geschätzlichen Plan aus dem Reichsbudget herausheben. Die Truppenzahl könne bedeutend reduziert und dadurch allein 6½ Millionen Mark schon im nächsten Jahre erspart werden. Der Redner gibt statistische Angaben, er ist für Beibehaltung des Auslieferungsbis als Exportpost bis zu einer gewissen Höhe. Die Eingeborenentrage ist jetzt die Hauptfrage unter Kolonialpolitik. Wir hoffen, daß die Unruhen in Fompe zu einer Entlassung der Eingeborenen führen werden. Das mag schwer sein, läßt sich aber jetzt gewiß durchführen. Zusammenhänge zwischen Weissen und Schwarzen, wie einer jetzt wieder beim Bahnbau in Südwest sich ereignet hat, sollten hintergehalten werden. Dazu ist es nötig, daß die letzten Reste der Zwangsarbeit beseitigt werden, die sich noch nirgends bemerkt hat. Weit eher empfiehlt sich die Befreiung der Eingeborenen. Die Anstellung von Eingeborenen-Kommissaren begriffen wir als eine vernünftige Institution. Mittel dazu wird der Reichstag wohl gerne bewilligen. Die staatlichen Verbände müssen immer Hand in Hand gehen mit den Missionaren. Das geschieht ja mit wenigen Ausnahmen ausserhalb. Der Aufbruch der Selbstverwaltung wird immer lauter und immer beständig, besonders in Samoa und in Südwest. Natürlich hat die Selbstverwaltung die Selbsthaltung zur Voraussetzung. Ich möchte fragen, ob der Wunsch des Reichstages, die Gemeinden mit Land ausreißend auszustatten, erfüllt worden ist oder ob das noch geschehen soll. Die von allen Seiten gemündete Landesredaktion sollte zunächst in Südwest erstirbt werden und zwar unter staatlicher Mitwirkung. Der Mangel an Kolonialbeamten scheint nun endgültig aufgehört zu haben. Wir wünschen, daß die etatsmäßige Anstellung zur Regel wird. Damit wird dem häufigen Wechsel in der Beamtenschaft vorgebeugt. Die Frage der Abgrenzung, die zu großen Ungratlichkeiten geführt hat, bedarf dringend einer besprechenden Lösung. Bei den Eisenbahnarbeiten müssen wir energisch eine sorgfältigere und zuverlässigere Vorarbeit verlangen.

Abg. Dr. Droscher (n.): Herr Erzberger hat mit nicht nur alle Kolonien aus dem Reichsbudget herausgenommen, sondern er hat auch den ganzen Kolonialetat (Seitertel!) wieder können aus seinen anerkennenden Worten nur annehmen. Etwas fürchten bei der Nachprüfung müssen gemindert aber ganz beseitigt werden. Die Errichtung von Erholungsstätten soll möglichst unterstellt werden. Dann wird man auch die Dienstperiode auf mindestens drei Jahre festsetzen können. Der Nachwuchs für die Verwaltung soll möglichst aus den Kolonien genommen werden. Das Verständnis für die Notwendigkeit unserer Kolonien ist Gemeingut aller Schichten der Bevölkerung geworden, die tief in die Reihen der Sozialdemokraten hinein. Für gesetzgeberische Gewaltmaßnahmen gegen die Unternehmer in unseren Kolonien sind wir nicht zu haben. Grundsätzlich ist die wachsende Bedeutung der kolonialen Landwirtschaft. Wir müssen immer mehr dazu kommen, daß die notwendigen Rohprodukte, wie Baumwolle usw., aus unseren Kolonien gewonnen werden.

Abg. Wedow (Ztr.): Welche Menge von Vorräte gefühlt hat noch in der Brust des Dr. Droscher Platz. Unterirdisches Schwärzen ist in fast vernünftiger Form und darum weniger gefährlicher Aufgabe hat er die Auslieferung des Erzeugers erleben soll. Nur eins hat er: er ist heute in unserer Seiten zu nennen und behauptet, auch wir seien für die Kolonialpolitik gewonnen. Dabei fällt unsere Partei als solche an ihrer abnehmenden Haltung grundsätzliche. Nun will er aus einem Patronen vier Milliarden aus dem inneren Afrika heranziehen. Ach, wenn das noch der gute Dornburg erlebte hätte, daß seine Vorkanteln noch überflossen werden (Seitertel!) Der Redner spricht dann über den Streit der Kaffernarbeiter mit der Firma Koppel und bleibt dabei, daß die Ausständigen durch das Militär gereizt und es dadurch zum Blutbad gekommen sei. Der Redner verlangt, wie in den früheren Jahren, daß den Sereros genügend Land zur Verfügung gestellt werde, daß sie ihre Viehweidung vor dem Ausbruch verhindern könnten, und wirft auf einen Zufall des Abgeordneten Golke diesem Frivolität vor, was Vize-Präsident Schulz rügt.

Abg. Golke (Ztr.): Wir leben dem neuen Staatssekretär eben in unzureichendem Gegenüber, wie seinem Vorgänger. Er wird ja auch in den Banketten, die heute zur Debatte stehen, dieselben Reden machen. Jedenfalls können wir ihn als tüchtigen Politiker und Kenner der Verhältnisse. Eine Berichtigung der Schulz truppe ist möglich.

Abg. Dr. Baasche (n.): Herr Wedow hat Herrn Droscher hart bergemommen. Aber wir sind altmännlich Sünden. Wenn ein Thema hundenlang über die Debatte geschleppt wird, sind Wiederholungen unermesslich. Wir bringen dem Staatssekretär volles Vertrauen entgegen als einem praktischen, tüchtigen Beamten, der die Kolonien durchaus kennt, und der bestrebt ist, sie nach allen Richtungen zu fördern. Wir hoffen, daß nicht etwa wieder ein bürokratischer Geist in die Kolonialverwaltung einzieht. Wir standen oft in hartem Streit mit dem Staatssekretär Dornburg, aber er ist es gewesen, der eine großartige Verlehrsposition eingeleitet hat. Er hat es verstanden, das Eisenbahnen auszubauen, er hat es nach großen Gesichtspunkten geschickt angelegt und durchgeführt. Das Hypothekendarlehen für Samoa-Politik liegt seit zwei Jahren bereit, das Geld ist da; warum zaudert der Staatssekretär? Schließlich kommt ja jede Kritik über die Kolonien auf ein Urteil über den Staatssekretär Dornburg heraus. Dornburg hat eine internationalen Agitation behauptet worden, Kernburg habe ein Schluß eine Amtsführung eine Missionen beauftragt Kolonialerregnis an Wägenplaneten befristet. Eine notwendige Verabreichung eines verdienten Staatsamtes geht doch weit über das berechtigte Maß parteipolitischer Kritik hinaus. (Beifall links.) Es ist merkwürdig, zu sagen, daß die Dornburgischen Verträge

die die verbliebenen Regierungen abgeschlossen haben, im Interesse einiger weniger Spekulantent liegen sollen. (Beifall links.)

× **Wg. v. Diebet (Rp.):** Ich bin zehn Jahre zu früh auf die Welt gekommen. Als ich Gouverneur von Mexiko war, war dieses Amt keine Freude. Jetzt ist es anders, jetzt wird wirtschaftlich gearbeitet. Die Hauptfrage ist die Förderung der Eisenbahnpolitik und der deutschen Siebelung. Die sozialistische Zentralbank wird ein Weltfaktor sein und das hätte Deutschland nicht ein Weltfaktor sein. Dann können wir Zentralpolitik treiben und ein Weltfaktor sein. Südamerika, Kamerun und Ostafrika sind ausgezeichnete Siebelungsgebiete. Der jetzige Staatsrat ist nicht der deutsche Siebelung freundlich gegenüber. Die Zentralbank für Industriezweige muss verstaatlicht werden, der Landwerb und der Aneignung müssen erleichtert werden, Institute für tierärztliche Forschungen sind notwendig.

× **Hg. Noke (Soz.):** Das waren Missposten. Die nächste Möglichkeit ist anders. Wir fordern mit allem Nachdruck auch für das nächste Jahr eine beträchtliche Verminderung der Schutztruppen besonders in Südwest. Die phantastischen Schätzungen über die zu erwartende Fehlung neuer Schiffe, die wir auch heute wieder gehört haben, sind nur dazu angetan, leichtgläubige Leute zu veranlassen, ihr Geld in foliosele Gründungen hineinzulegen, obwohl viele davon oberflächlich sind. Wie man sich die Durchführung der Bundes-Hypothekendarlehen denkt, verheißt ich nicht, da ja der Grund und Boden nur sehr wenig Wert hat und man das Vieh, das einzig Wertvolles, doch nicht mit Hypotheken belasten kann.

× **Staatssekretär Dr. v. Hinderfeld:** Eine Verminderung der Schutztruppen wird nach Beendigung der Zentralbank 1912 erfolgen. Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch die Hinausentwicklung landwirtschaftlicher Betriebe gefördert werden. Wir sind in erster Linie besorgt, im Mutterlande durch die Lieferung von Rohprodukten entgegenzukommen, das gilt besonders für Baumwolle und Wolle. Der Bahnbau ist notwendig, darf aber nicht überstürzt werden. Die Erzielung des Tanganjika-Sees ist wegen der ausländischen Konkurrenz erforderlich. Eine Vorlage kann aber erst nach Abschluss der Erhebung kommen. Der Staatssekretär geht dann auf die einzelnen Reben der Abgeordneten ein und legt überall Prüfung und mögliche Verlässlichkeit zu.

Die allgemeine Ausprache schließt. Der Etat für das Reichs-Kolonialamt wird erledigt.

Freitag 1 Uhr: Etat der einzelnen Kolonien.

Schluss 8 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Eine offizielle Stimme über den Berliner Professorenstreit.

Die „Nordd. Allgem. Zit.“ schreibt an der Spitze ihrer heutigen Ausgabe:

„In einem Teil der Presse wird noch immer an der Behauptung festgehalten,

daß das Kultusministerium an den Angriffen gegen die Professoren Wagner, v. Schmoller und Sering während ihres Streites mit Prof. Bernhard beteiligt gewesen sei.

Der Minister hat dies im Abgeordnetenhaus, gestützt auf die ihm amtlich gemachten Angaben der in Betracht kommenden Ministerialbeamten, mit größter Entschiedenheit bestritten und dazu aufgefordert, ihm Beweise für jene beheldigende Behauptung zu erbringen. Das ist bisher nicht geschehen. Denn was bis jetzt vorgebracht worden ist, hat sich bei der alsdann angestellten Ermittlung als belanglos ergeben. Das gilt auch von der Angabe des Professors Bernhardt nach dem dem Minister erstatteten Bericht des Direktors der Universität, wonach jener gesagt haben sollte, er werde für die Abfertigung der Zeitungspolemik aus dem Kultusministerium sorgen. Professor Bernhard, vom Minister nach Eingang jenes Berichtes sofort zur Verantwortung gezogen, hat in Abrede gestellt, eine solche Äußerung getan zu haben; ihm sei nicht das Mindeste von einer Beteiligung des Ministeriums an der Polemik bekannt. Wer trotzdem an jenem schweren Vorwurf gegen das Ministerium festhält, ist auch jetzt noch verpflichtet, Beweise zu erbringen.

Was den in der Presse weiter behandelten Fall Hinneberg anlangt, so hatte Professor Hinneberg an dem Tage, an dem der Universitätsrat im Abgeordnetenhaus zur Verhandlung stand, die bekannte Erklärung veröffentlicht, die den falschen Ansichten erweckte, als hätte er sich den Unwillen des Ministeriums durch den Versuch zugezogen, die Presse für die älteren Aktionisten zu beeinflussen. Demgegenüber hat dem Professor Bernhard zu bekräftigen, demgegenüber hat dem Minister, als der Fall von zwei Rednern im Abgeordnetenhaus berührt worden war, nichts übrig, als den Professor Hinneberg dort von sich abzuweisen.“

Parteinachrichten.

Den Erfolg des Antisemitismus in Sieben

haben die in der Stichwahl unterlegenen Sozialdemokraten zum Teil selber verschuldet. Man schreibt der „Wolff. Zit.“ aus Frankfurt a. M.: Wie die „Kleine Presse“ nach Durchsicht der Ergebnisse in den einzelnen Orten festgestellt, hatte in nicht weniger als 24 Orten die Zahl der sozialdemokratischen Wähler in der Stichwahl gegenüber der Hauptwahl abgenommen; die Sozialdemokratie muß also die Verluste aus ihren eigenen Reihen für das Stichwahlergebnis mitverantwortlich machen. Auch in vielen 24 Orten, wo ein ziffermäßig höherer Stimmenerfolg ist, wird ein Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen sicherlich noch in anderen Orten eingetreten sein, wo dieser Ausfall durch den Zugang freilich weniger Stimmen wieder ausgeglichen wurde, aber nicht direkt nachzuweisen ist. Die sozialdemokratische „Ostdeutsche Abendztg.“ gibt offen zu, daß die sozialdemokratische Organisation vollständig ungenügend gewesen sei und daß an manchen Orten nicht einmal genügende Stimmzettel zur Verteilung vorhanden waren. Auch darf nicht übersehen werden, daß in der Zeit zwischen der Hauptwahl und Stichwahl von antisemitischer Seite ein harter Druck auf die links stehenden Wähler ausgeübt worden ist, besonders in den kleineren Orten.

Sozial- und Personalnachrichten.

× Das Kaiserpaar ist — wie uns aus Kiel telegraphisch gemeldet wird — am Donnerstag morgen um 8 Uhr 50 Min. nach Berlin abgereist. Als der Kaiser von Bord der „Deutschland“ ging, feierte die Flotte einen Salut von 33 Schuß. Die Kaiserin und die Prinzessin Heinrich hatten sich im Automobil vom Schloß zum Bahnhof

geben, wo sich zur Verabschiedung Prinz Heinrich, Staatssekretär v. Tirpitz, Admiral von Holtendorff, Admiral Schröder und Polizeipräsident v. Schroeter eingefunden hatten. Nachmittags um 6 Uhr 26 Min. trat der Kaiser, die Kaiserin, Prinz Joachim und Prinzessin Viktoria Luise die Reise nach Schwerin an.

Im Gefolge befinden sich: Oberbismarck Graf zu Guleburg, Generaladjutant, General der Kavallerie von Schell, Flügeladjutant Oberst von Chelius und Freigantkapitän v. Hilow, Vizearzt, Generalarzt Dr. v. Jberg, Chef des Zivilkabinetts, Wirklicher Geheimrat von Kelenz, Chef des Militärkabinetts, Generaladjutant, General der Infanterie Freih. v. Lander, Chef des Marinekabinetts, Generaladjutant, Admiral v. Müller, Vertreter des Auswärtigen Amtes, General Dr. Freiherr v. Jenitz; bei der Kaiserin: Hofdame Gräfin v. Ranken, Kammerherr von Winterfeld; bei Prinz Joachim: militärischer Begleiter Major v. Roeder, bei der Prinzessin: Hofdame Gräfin v. Kanitz. — In Wien werden sich dem kaiserlichen Gefolge für die Reise nach Venedig und Korfu anschließen: Fürst zu Hohenberg und Marinemaler Prof. Stowasser. Der Prinz wird von Schönbrunn nach Potsdam zurückkehren.

× Nach einem Telegramm der Deutschen Reblagen-Gesellschaft sei es nunmehr endgültig bestimmt, daß der Kronprinz am 29. März Kairo verläßt und sich auf den Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Prinz-Regent Luitpold“ begibt, der ausnahmsweise in Korfu anlegen wird.

Ausland.

Zur russischen Kabinetttscheife.

Die Lage ist verworren als je. Angehend hat sich auch die Jarin in die Verhandlungen mit Stolypin eingemischt. Dienstag war in ihrem Auftrag Jermolowitsch Graf Hendrikow und Witkowsky nach einem kaiserlichen Familienrat Großfürst Alexander Michailowitsch bei Stolypin. Beide suchten ihn zum Bleiben zu bewegen. Anfangs wollte er darüber gar nicht mit sich sprechen lassen, dann aber erklärte er, er würde eine etwaige Juridikation des Aufhebungsgesetzes von zwei Bedingungen abhängig machen: Erstens solle ihm der Kaiser sein volles Vertrauen beweisen, zweitens müßten die Jarin der reaktionären Reichstagsgruppe Propow und Duronow vorläufig für längere Zeit aus dem Reichsrat entfernt werden. Donnerstags begibt sich, wie die „Wolff. Zit.“ meldet, Stolypin nach Jaroslaw Selo, um mit dem Zaren selbst zu sprechen.

Einige Blätter melden die Juridikation des Entlassungsgesetzes durch Stolypin bereits als Tatsache, was aber in diesem Moment kaum der Wirklichkeit entspricht. Nationalistische Blätter, wie „Now. Wr.“ und „Smet“, richten heftige Angriffe gegen Kowzew.

Halle und Umgebung.

Salle a. S. 24. März.

Verordnung von Pateten während der Osterzeit.

Die Verordnung mehrerer Patete mit einer Postpatetadresse ist für die Zeit vom 10. bis einschließlich 15. April weder im inneren deutschen Verkehr noch im Verkehr mit dem Auslande — ausgenommen Argentinien — gestattet. Nach Argentinien können auch in dieser Zeit mehrere, jedoch höchstens 3 Patete, mit einer Postpatetadresse versandt werden.

Eine Warnung vor der Gemeindefürsorge

erklärt der Provinzialverband der Gemeindefürsorge der Rheinprovinz. Er beabsichtigt für sein Gebiet, der Lehrlingsämter und ihrer Folge, der Ueberfüllung des Gemeindefürsorgestandes, entgegenzutreten. Neben einer Eingabe an den Oberpräsidenten, die die heutige Lehrlingsausbildung und ihre Folgen kritisch beleuchtet, ist u. a. vorgelesen: die Herausgabe eines Merkblattes, das geeignet ist, die Eltern über die ungünstigen Aussichten des Gemeindefürsorgeberufes aufzuklären und sie zu warnen, ihre Söhne diesen Beruf ergreifen zu lassen. Mit scharfen Worten wendet sich auch in der „Rundschau für Gemeindefürsorge“ ein Artikel gegen die Errichtung von Verwaltungsbürokraten.

Nach dem Programm sollen die Zöglinge sofort von der Volkshochschule weggelassen und in den Momenten gesteckt werden. „Was soll solchen 14-15jährigen jungen Leuten in einem Jahr alles beigebracht werden? Nach 4-5 jähriger praktischer Tätigkeit in der Verwaltung sind unsere 20jährigen und älteren Führer kaum in der Lage, die ganze Geheimesmaterie zu erfassen. Wie will man es solchen Kindern beibringen? Und der wichtigste Grund: wo sollen sie später untergebracht werden? Wo heute schon eine solche Ueberproduktion an Lehrlingen vorhanden ist, gilt es als ausgeschlossen, daß sämtliche jungen Leute jemals auf eine feste Stellung rechnen können. Nicht 10 und 20, nein, Hunderte von Bewerbern sind vorhanden bei einer Stelle!“

Der Verein für Volkswohl

hielt Mittwochabend im Saalge. Vereinsbau keine Generalversammlung ab. In den Ausführenden gewählt die Herren Stadtrat Greller, Randerskötter Panke und Professor Rühlmann, ferner Fräulein Wamde. Der Verein hatte Ende März 1910 ein reines Vermögen von 191.057,65 Mk. Es folgte der vorläufige Bericht der Abteilungen für die Zeit 1. April 1910 bis jetzt.

Ueber die Abfertigung der 20-jährigen Lehrlinge berichtete Herr Dr. Wolff, Direktor des Städt. Städtischen Amtes. Die Frequenz war in den letzten drei Jahren folgende: 1908 3600, 1909 11.800 und 1910 12.400 Arbeitstunde. Infolge dessen liegt auch der Etat, nämlich von 3600 Mark auf 4500 Mark beim 7164 Mark in 1910. Neu aufgenommen ist die Stellenvermittlung im Gastwirts-gewerbe und ein weiblicher Dienstleistungsbereich.

Ueber Abteilung 3 (Veschele) berichtete Herr Geh. Regierungsrat Gerhard, Universitäts-Bibliotheksdirektor. Die Zahl der Leser betrug 91.357 gegen 90.087 im Jahre zuvor, eine Folge von Veränderungen im Gebäude Hallmarkt. Die Frequenz hat sich aber schon wieder gehoben.

Die Abteilung 1 (Volkshochschule) zeigte eine steigende Frequenz. Hierüber berichtete Herr Oberlehrer Dr. Wenzlau. Es wurden ausgelesen 42.000 Bücher in 1909, 55.000 in 1910. Die Zahl der jugendlichen Leser macht davon 30 Prozent aus, sie ging durch die eingetretene Pause auf 15 Prozent zurück, ist aber seit Januar d. J. schon wieder auf 23 Prozent gestiegen. Der Bibliothek sind wieder schöne Geschenke an neuen und alten Büchern zuteil geworden. Ueber die Klassenverhältnisse dieser Ab-

teilung berichtete Herr Buchhändler Riemenet. Danach betragen die Einnahmen 54.600 Mark, die Ausgaben 84.754 Mark, jedoch Bestand 1088,12 Mark.

Herr Tischlermeister Kauter machte Mitteilung über Abfertigung 2 (Hagen, Wetzlar und Bietfeld). Die Zeitigkeit entspricht der des Vorjahres, es ist ein Bestand von 1137 Mark vorhanden. Mangel an Beständen zeigte die Kleiderkammer, sie zählt nur noch 69 Gegenstände. Die Nachfrage ist groß, darum möchte man dieser Abteilung getragene, aber noch gute Sachen überlassen.

Ueber Abteilung 3 (Prienkolonien) berichtete Herr Stadtrat Ueber. Im letzten Sommer wurden in 12 Kolonien 377 schwächliche und kränkliche Kinder von hier aus verfrachtet, darunter befinden sich auch einige taubstumme Knaben. Aufgegeben wurden durch Sammlungen 6000 Mark; 2000 Mark hat die Stadt in Aussicht gestellt, mit denen ein Festbetrag gedeckt werden soll. Bei harten Kolonien wurden mit Erfolg Unterfrüher (Sonnennarben, Damen) angeheilt. Die Sitzungen Professor Kochschütter und Bankier Benninger sind sehr fruchtbar worden, sie haben ein Vermögen von zusammen 16.500 Mark. Vereine haben es an Unterfrühungen in der nächsten Saison.

Abteilung 4 (Volkshochschule). Der Berichterstatter, Herr Zeugnismittelmeister Köhler, teilte im Auftrage des früheren Vorberaters mit, daß der Lehrplan des Vorjahres entsprach. Die Klassen erhalten sich selbst, es ist sogar noch ein Ueberfluß zu verzeichnen.

Abteilung 5 (Volkshochschule). Herr Magistrats-Obersekretär Schachtzajka konnte über eine steigende Frequenz berichten. In den fünf Hallen wurden bis zum 20. d. M. voraus-gelassen 707 188 Bücher Kasse, 43 498 Bücher Kasse, 64 568 Bücher Kasse, 22 964 Bücher Kasse, 12 298 Stück Zeitschriften, 205 680 Zeitschriften, 42 957 Zeitschriften und 4108 Stück Zeitschriften. In Einnahmen waren zu verzeichnen 25 724,23 Mark.

Abteilung 6 (Volkshochschule). Herr Zeugnismittelmeister Köhler berichtete. Es war die bisher höchste Frequenz zu verzeichnen, trotz des milden Winters. Besichtigt wurden ein Jahr über 1250 Arbeiter. Es wird ein Ueberfluß von 1200 Mark zu verzeichnen sein.

Abteilung 7 (Jugend- und Volksspiele). Herr Turnlehrer Freund konnte mitteilen, daß die Spielplätze auf dem Sandanger immer gut besetzt waren. Im Durchschnitt war die Frequenz 4850 pro Tag, 97 000 im Sommer, 100 000 im Jahr. Die Tennisplätze waren stets gut besetzt, neue sind hinzugekommen. Hier spielten 825 Personen wöchentlich. Es ist ein Bestand von 1000 Mark vorhanden.

Die Abteilung 11 (Krippen) hielt sich in demselben Rahmen wie im Vorjahr. Herr Lehrer Zwiegler teilte mit, daß in den zwei Krippen durchschnittlich 18 Kinder pro Tag gepflegt werden. Einer Einnahme von 5022 Mark steht eine Ausgabe von 5509 Mark gegenüber, also ist ein Festbetrag zu verzeichnen. Der Vorsitzende Herr Professor Baugert sprach den Vorberatern herzlichen Dank für die Mithilfe aus.

Der Beamten-Wohnungsverein.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, erklärtet jetzt seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1910, dem wir folgendes entnehmen: Der Bestand hat sich durch die Fertigstellung von drei neuen Häusern in der Wielandstraße und den Bau je eines Hauses in der Witte- und Köpferstraße sowie durch Erwerbung eines Bauplatzes für vier Häuser bedeutend gehoben. Für diese Unternehmungen sind die Geldmittel fast aus Anholen beschafft worden. Sämtliche Wohnungen des Vereins sind an Mitglieder vermietet gewesen, so daß Mietausfälle nicht zu verzeichnen sind.

Der Verein zählte 490 Mitglieder mit 496 Anteilen. Von den Mitgliedern sind 187 Ehenpartner, 119 Witwen, 56 Lehrlinge, 51 Magistrate, 25 Gerichts-, 9 Oberbergamtsbeamte, 8 Beamte der Landeshaupt-, 5 der Steuerverwaltung, je 4 der Universität und der Landwirtschaftskammer, 11 verschiedener Verwaltungen und 11 Pensionäre und Witwen.

Der Gesamtbetrag der Geschäftsguthaben hat sich um 15 914,10 Mark vermehrt. Die gesamte Hattsumme betrug am 1. Januar 1910: 137 700 Mark, am Schluß des Jahres 1910 und zu Beginn des Jahres 1911: 154 800 Mark; sie ist im Laufe des Jahres um 17 100 Mark gestiegen. Auffällig ist der Stillstand in der Erwerbung weiterer Geschäftsanteile durch die Mitglieder. Der Grund liegt in dem bisher gebliebenen Geschäftsgewinn (Dividende) von nur 3 1/2 Prozent zu liegen. Vielstet regt die erstmalig für 1910 in Aussicht genommene Gewinnverteilung von 6 Prozent zu größerer Beteiligung an. Die Mitgliedergruppe in der Wielandstraße ist zum 1. April 1910 fertiggestellt und bezogen worden. Das im Jahre 1907 erworbene Grundstück in der Gehausstraße ist erst in diesem Jahre baureif geworden. Der Gebäudefortschritt begann im August 1910 zunächst mit zwei Häusern, die bereits zum 1. April 1911 bezogen werden. Die Bewohnungen um die darin enthaltenen 14 Wohnungen waren sehr zahlreich; sämtliche Wohnungen sind sofort vermietet worden. Die übrigen vier Häuser sind bereits im Bau begriffen und werden zum 1. Oktober 1911 bezugsfähig. Die Häuser werden wieder eine schöne Gruppe, ähnlich der in der Wielandstraße, bilden; sie erhalten durch die Ausführung in Terranova-Form ein vorteilhaft wirkendes Gewand. Der Verein beschloß am Schluß des Jahres 1910: 16 Häuser mit 107 Wohnungen.

Nach der Bebauung dieses Geländes steht dem Verein im Süden der Stadt a. S. 3. Baugelände nicht mehr zur Verfügung. Die im Sommer 1910 mit der Hallischen Terrain-Verwertung, G. m. b. H., gepflegten Verhandlungen wegen Erwerbs von Grundflächen für eine Häusergruppe am Westersberg haben sich wegen des tiefen, z. T. ungenügenden und daher teuren Untergrundes und der Unmöglichkeit der eingetragenen Zustimmung geschlossen. Es wird vorläufiglich gelingen, in absehbarer Zeit auch im Süden wieder günstiges Baugelände zu erwerben. Durch das Entgegenkommen des Baumeisters Friedrich Kühnt war es möglich, in guter Lage der Nordostseite ein Grundstück von 37,25 Ar für vier Häuser zu erwerben. Dieser Bauplatz liegt an der Kronprinzen- und Ede Hofenkolonnenstraße. Die Bebauung des Geländes ist im geplanten, daß der Rohbau der Häuser bereits im Sommer 1911 begonnen, der Eintritt der nächsten Jahreszeit fertiggestellt und die Häuser zum 1. April 1912 bezugsfähig werden. Die der Plan ist aber nur ausführbar, wenn die erforderlichen Baugelder durch recht ausgiebigen Erwerb von 4 1/2prozentigen Schuldverordnungen aus den Mitgliederräten zufließen.

Das Geschäftsjahr hat mit einem Reingewinn von 11 018,82 Mark (gegen 7494,86 Mark im Vorjahre) abgeschlossen. Der Verein arbeitet ohne jede finanzielle Unterstützung und beschafft Baugelder und Hypotheken wie private Hausbesitzer.

Richtliche Nachrichten.

Synagogen-Gemeinde. Freitagabend 6 1/2 Uhr, Sonnabend vorm. 9 Uhr Gottesdienst und Predigt.

Unterhaltungsblatt.

Gräfin Bahrgers Entlein. Roman von Fr. Lehme. (Fortf.) — Eine Mutter. Novelle von Gust. Jung. (Fortf.) — Literatur.

Provincial-Nachrichten.

Die Dynamitpatrone in der Schule.

(Crabro, 23. März. Am Mittwoch früh hat sich im hiesigen Schulgebäude ein schwerer Unglücksfall zugetragen. In der dem Schulgebäude wohnende Lehrer hörte gegen 10 Uhr eine heftige Detonation, welche anscheinend aus dem Schulzimmer kam. Nichts Gutes ahnend, eilte er dorthin und fand den etwa 10jährigen Schüler Schulze in schwerverletztem Zustande vor. Der Knabe hatte eine Sprengladung gefunden, die er mit zur Schule nahm und mittelst eines Schieferstiftes untersuchen wollte. Hierbei erfolgte die Explosion, wodurch S. an beiden Händen schwer verletzt wurde, besonders war es die rechte Hand, die völlig zerstört war, so daß die Fleischteile an den Wänden und an der Decke des Zimmers klebten. Der bedauernswerte Knabe wurde sofort dem Paul Gerhardtstift, Wittenberg, zugeführt, wo ihm die rechte Hand amputiert werden mußte. Zwei Kinder trugen Wunden am Ohr und an der Hand davon.

Hähnfeld, 22. März. (Gutsverkauf.) Das Louis Polische Gut (über 600 Morgen groß) ist nach dem Tode des Besitzers durch Kauf in andere Hände übergegangen. Den Tobsch und 150 Morgen Acker hat der Gutsbesitzer Robert Butteneb und 200 Morgen Acker (den Güntenberg) der Gutsbesitzer Otto Kopsch für erworben. Der übrige Acker ist an verschiedene andere Besitzer zum Verkauf gekommen.

Weihenfels, 23. März. (Glücklicher Erbe.) Vor einigen Tagen erbt der Sohn unbemittelter Eltern aus hiesiger Stadt 120 000 Mark von einem Onkel aus Chicago. Möge dem glücklichen Erben das Geld zum Guten gereichen.

Cremleben, 23. März. (Verfälschung.) Die am 26. Jan. erfolgte Wahl des Kaufmanns Oskar Fußmann zum Bürgermeister von Cremleben ist bestätigt worden.

Witterleben, 21. März. (Der Vorstand der „Terra“, Aitiengeseilschaft für Samenauktion.) teilt zu dem durch die Presse gegebenen Nachrichten über die in ihrem Betriebe vorgekommenen Diebstähle mit, daß die Angaben darüber weit übertrieben sind und die Tatsachen zum großen Teil jahrelang zurückliegen; sie sagt ist erst ein Arbeiter überführt und gefänglich, vor und nach Samen im Werte von einigen hundert Mark erwischt zu haben. Die Mitteilungen von Verkäufen neuer wertvoller Samenarten an Konfirmanden sind jedenfalls ganz unrichtig, es ist in dieser Hinsicht gar nichts festzustellen. Es handelt sich in der Hauptsache um Diebstähle von solchen Sachen, die nur und nach in der Folge fortgetragen werden können, wogegen es noch keine Sicherheit gibt. Ebenfalls liegt zur Beunruhigung der Aktionäre keinerlei Veranlassung vor.

Heiligenstadt, 21. März. (Acht Uhr - Badenstraße.) Der Regierungsrat hat zu Erfurt und auf Antrag von zwei Dritteln der beteiligten Geschäftsinhaber und nach Anhörung der Gemeindebehörde von Heiligenstadt an, daß vom 1. April 1911 ab an den Wochentagen mit Ausnahme der Sonnabende und derjenigen Tage, an denen eine verlängerte Verkaufzeit zugelassen ist, die offenen Verkaufsstellen der Kolonial- und Materialwarenhandlungen von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens für den gewöhnlichen Verkehr geschlossen sein müssen.

Hütten, 21. März. (Eine gewaltige Mäuseplage) herrscht gegenwärtig in verschiedenen Häusern des Amtes Hütten (Kreis Ebernberg), wozu sich die kleinen Mäuse in schier unendlichen Massen aus den benachbarten umfangreichen Waldungen gezogen haben, vertrieben durch die außerordentlich starken Nebelwässer der letzten Zeit. Ganz besonders wird von den unmittelbaren Wäldern das Forsthaus Hütten heimgeleitet, wo deren Zahl nicht abzuschätzen ist, obgleich Hunderte der Schädlinge durch Gift getötet oder durch Raben und Falken gefangen wurden. Bei einer ähnlichen Mäuseplage im Jahre 1899 wurden in demselben Hause in kurzer Zeit zwischen 1500 und 2000 Stück gefangen oder vergiftet.

Jena, 21. März. (Zur Wertzuwachssteuer.) Nach § 60 Absatz 2 des Reichwertzuwachssteuergesetzes ist den Gemeinden, welche am 1. April 1909 schon Ortsteile ihrer Erhebung einer Wertzuwachssteuer hatten, gestattet, diese Ortsteile für die Wertzuwachssteuer bis 1. April 1915 weiter gelten zu lassen. Wenn solche Gemeinden jedoch davon keinen Gebrauch machen, so wird ihnen nach Absatz 1 jenes Paragraphen der jährliche Durchschnittsertrag der Wertzuwachssteuer, die sie bisher eingenommen haben, vom Reiche für die Wertzuwachssteuer garantiert. In nicht öffentlicher Sitzung hat gestern der Gemeinderat sich schließlich dahin entschieden, von der letzterwähnten Bestimmung in Absatz 1 des § 60 Gebrauch zu machen, so daß die Stadt den Durchschnittsertrag der Steuer, die sich auf etwa 67 000 Mark bezieht, bis zum 1. April 1915 vom Reiche garantiert erhält.

Rudolfsstadt, 22. März. (Eine Kassensteuer.) Die Stadt Rudolfsstadt will, ebenso wie Weimar, zur Förderung des Vögelschutzes eine Kassensteuer einführen.

Gerichtsverhandlungen.

Erpresser vor Gericht.

Aus Berlin wird gemeldet: Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I gelangte eine Erpresserakzesse zur Verhandlung, die in der technischen Ausführung der Erpressung eine ganz neue Nuance bietet. Die Angeklagten haben nicht, wie gewöhnlich, mit Drohungen gearbeitet, sondern sie sollen auf dem Umwege von Privatklagen, die sie gegen ihre Opfer anreichten und denen diese aus gewissen Gründen gegen Zahlung von Abnahmegeldern aus dem Wege gingen, ihre erpresserischen Absichten ausgeführt haben. Die Beschuldigten waren die unerschrockene Anna Kasper und der frühere Polizeiwachmeister, jetzige Detektiv Paul Ströhlau. Ihnen wurde verurteilt Erpressung gegenüber dem Generalkonsul eines Balkanstaates zur Last gelegt. Das Gericht verurteilte nach durchgeführter Verhandlung die Angeklagte Kasper wegen gemeinschaftlicher Verurteilung, teils vollendeter Erpressung und wegen Unterlassung zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren und drei Tagen Gefängnis. Gegen den Angeklagten Ströhlau erkannte das Gericht auf ein Jahr Gefängnis. Weiben Angeklagten wurden vier Monate der erklärten Unterlassungshaft auf die Gefängnisstrafe als verhängt angerechnet.

Brunnenergrübler.

Das Schwurgericht Augsburg hat den Bauern Rotzanger in Wittman der Leimern in Wöhring freigesprochen.

mit ihm lebenden Nachbarn den Brunnen mit einem Tierkadaver vergiftet hatte, zu vier Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust und den Sohn des Bauern wegen Beihilfe zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Die ganze neuntölpliche Familie des Nachbarn war an dem vergifteten Wasser schwer erkrankt. Der medizinische Sachverständige erklärte, die Brunnenvergiftung sei verhängnisvoll gewesen, daß sie sehr wohl den Tod eines Menschen hätte herbeiführen können.

Verurteilter Kriminalkommissar.

Aus Bromberg wird gemeldet: Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte die Strafkammer den Kriminalkommissar Schreiber wegen Amtsverbrechens zu sechs Wochen Gefängnis. Er hat in seiner Eigenschaft als Polizeibeamter unterlassen, eine Straflage gegen zwei Frauen zu verfolgen, um dieselben der Bestrafung zu entziehen. Seine Mitangeklagten, ein Polizeinspektor und ein Polizeikommissar wurden freigesprochen.

Vergewaltigungsjährige Fürjörgesgänger.

Der leinzechtig gemeldete Aufrührer im Kloster zum guten Hirten in München, ein Franzosenzuchtungsanstalt, hat jetzt den Münchener Jugendgerichtshof beschäftigt. Acht der Angeklagten erlitten wegen Sachbeschädigung Gefängnisstrafen von einem Tage bis zu einer Woche. Alle Angeklagten erklärten, sie hätten den Aufrührer nur angezettelt, um möglichst sofort aus der Anstalt entlassen zu werden, und dann den Karneval mitmachen zu können.

Kunst und Wissenschaft.

Die Einweihung des Hebbelmanns in Westfalen hat am Sonnabend stattgefunden. Der Hebbelmann, Prof. Dr. Kr. um aus Kiel, hielt die Rede. Die Reden, sowie zahlreiche Körperübungen und wissenschaftliche Vorträge, die Sagen des Hebbelmanns um, hatten Vertreter erkrankt. Die Sammlungen des kleinen Museums enthielten unter den 687 Nummern etwa 300 Blatt von Hebbelmanns Band.

Zur Hundertjahrfeier der Breslauer Universität, die vom 1. bis 3. August d. J. stattfinden soll, haben die Universitäten von Paris, Upsala, Glasgow und Edinburgh sowie die Niederländische Akademie der Wissenschaften die Entsendung von Vertretern geneigt.

Der 23. Deutsche Kongress für innere Medizin wird vom 19. bis 22. April zu Wiesbaden unter dem Vorsitz des Geh. Staats Prof. Dr. Kochl-Helldorf abgehalten. Die Sitzungen finden im Neuen Kurhaus statt.

Theater und Musik.

Das 18. anhaltische Musikfest.

wird, wie jetzt endgültig festgesetzt ist, Sonnabend und Sonntag, den 13. und 14. Mai d. J., im Kurhausale in Weimburg stattfinden.

Zur Aufführung gelangen am ersten Tage: zum Gedächtnis an Franz Liszt, in dessen 100. Geburtsjahr wir leben, dessen hundertjährige Gedenkung „Schiffahrt“, sowie (mit 13. Platz, ein solches Werk für großes Orchester, Chor und Tenorsolo; ferner Richard Strauß' Symphonie Domestica. Am zweiten Tage werden aufgeführt Beethovens Neunte Symphonie, Richard Strauß' „Wanderers Sturmlied“ (sechsstimmiger Chor und großes Orchester), Solozingel und zum würdigen Schluß die Schlussszene aus den „Meisterjüngern“.

Mit den ausführenden Solisten schweben zurzeit noch Verhandlungen. Der Chor setzt sich zusammen aus dem Badepereiner Röhren, der Singakademie-Deffau, dem Jähningischen Gesangsverein Zerbst und dem Gesangsverein Weimburg. Das Orchester stellt die Deffauer Hofkapelle. Die Leitung hat wieder Hofkapellmeister Mitorey übernommen.

Bühnenchronik.

Die Aufführung von Mascagni neuer Oper „Jacquino“ findet, nachdem die mit dem Ausstellungskomitee in Rom gepflegten Unterhandlungen endgültig gelichtet sind, Ende Mai am Colosseumtheater zu Buenos Aires statt.

(.) „Monsieur Bonaparte“, Komische Oper in drei Aufzügen von Bogumil Jepler, Text von Hans Hofstedt, Werke von Hans Brenner, gelangt voraussichtlich Anfang April am Stadttheater zu Leipzig zur Aufführung.

Ein rheinischer Theaterverband. Aus Düsseldorf wird gemeldet: Hier fand eine Versammlung von Vertretern der meisten Stadttheater in Rheinland-Westfalen statt, die zur Gründung eines Verbandes rheinisch-westfälischer Theaterleiter führte. Der Verband bezweckt den Anschluß an die Bestrebungen des Deutschen Bühnenerenens, dem die Theater angehörenden müssen. Die Gründung einer Verbandsschule ist in Aussicht genommen. Erster Vorsitzender wurde Geheimrat Max Martierkeig-König, zweiter Vorsitzender Direktor Ludwig Zimmermann-Düsseldorf, Schriftführer und Kassierer Direktor Karl Ludwig Schröder-Koblenz.

Vermischtes.

Streikunruhen in Süd-Wales.

□ Aus London wird gemeldet: Im Kohlenrevier von Süd-Wales kam es Mittwoch wieder zu wilden Ausschreitungen großer Mengen streikender Bergleute marschierten nach dem Cynobd Vale mit der Absicht, die in den Cambrian-Gruben arbeitenden Gewerkschaftler zum Anschluß an den Streik zu bewegen. Die Polizei war bereits mit Verstärkungen zur Stelle, als die Ausführenden die Grube erreichten. Diese erkrankten die umliegenden Hügel und begannen ein Steinbombardement auf die im Tal liegende Grube. Ein größeres Unheil angerichtet werden konnte, griff die Polizei ein. Die Bergleute griffen die Polizei nacheinander von verschiedenen Seiten an, die schließlich von den Steinwürfern der Arbeiter zurückgewiesen wurde. Als infolgedessen weitere Verstärkungen eintrafen, griff die Polizei die Ausführenden von zwei Seiten an, und vertrieb die Bergleute schließlich von den Gruben und den umliegenden Anhöhen. Im ganzen sind fünf Kopfleute verwundet worden.

Die Schwiegermutter ermordet.

Der „L.A.“ meldet: In der kleinen französischen Gemeinde Poisseux unweit von Bourges schlug der Bauer Desroze, der bereits

63 Jahre alt ist, seiner bei ihm wohnenden 89jährigen Schwiegermutter, der Witwe Jacquet, mit einem Knüttel den Schädel ein, nachdem er sie zuvor mit einer Handvoll Stroh, gemischt hatte. Dann warf er den Leichnam ins Feuer und ging ruhig zur Arbeit. Als er abends heimkehrte, hatten die Dörfler Wind von der That erhalten und den halberbrannten Leichnam der Witwe aus dem Feuer gezogen. Sie stellten Deroge heftig zur Rede, doch dieser leugnete hartnäckig und meinte, die Alte sei wohl das Opfer eines Unfalles geworden. Als dann aber die Gedanken auf dem Plane erschienen, bequeme sich der Bauer zu einem Geständnis und gab schließlich auch zu, daß er die alte Frau aus dem Wege geräumt habe, weil sie für ihn nur eine Last sei, andererseits aber keinen Wert mehr habe, lebden er ihr ihre Ersparnisse geraubt hatte. Deroge wurde er für ihre Bourgeois ins Ortsgefängnis befördert und unter Anklage gestellt.

Falschspieler.

Der Bürgermeister einer der großen Ortshäfen in der Nähe der Stadt Wlger ist in einem Raub als Falschspieler entlarvt worden. In den letzten zwei Monaten hatte er über 80 000 Franc im Falschspiel gewonnen. Seine Mitspieler hatten bereits seit einiger Zeit Verdacht geschöpft und ihn aufgespürt und konnten ihn nun des Falschspiels überführen.

Verhafteter Bombardurheber. Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, den 24 Jahre alten, früheren Polizeischaffner Paul Gehert, der wegen wiederholten Bombardurraubes gefasst wurde, festzunehmen. Gehert betrieb als Spezialität den Raub von Handtaschen auf Kirchhöfen. Jedoch ist auch eine große Anzahl der im Tiergarten verübten Bombardurraube auf sein Konto zu setzen.

Feuersbrunst. Aus Konig wird gemeldet: In dem in der Nähe gelegenen Dorfe Bruch brach in der Scheune des Stellmachers Klatt vermutlich durch Brandstiftung Feuer aus, durch welches 10 Wohnhäuser mit fast sämtlichen Nebengebäuden vernichtet wurden. 24 Familien sind obdachlos. Da es zumzeit arme Leute sind, herrscht großes Elend.

Letzte Nachrichten.

Häuberhauptmann Stratzmann verhaftet.

H.T.B. Mülheim a. d. R., 23. März. (Privattelegramm.) Der jogen Häuberhauptmann Stratzmann, ein berühmter Zuchthäuser, der seit Jahren das Industriegebiet unsicher machte, und der erst vor kurzem wieder aus einer Irrenanstalt entsprungen war, wurde von drei Mineralbeamten auf Mülheimer Gebiet verhaftet. Die Eisen Staatsanwaltschaft hat bekanntlich auf die Ergreifung Stratzmanns, der noch 13 Jahre Zuchthaus abzudienen hat und der verächtlich ist, an dem Webersfall auf den Geldtransport des Wöllersdaches beteiligt gewesen zu sein, 1500 Mark als Prämie ausgesetzt.

Milchwirtschaft in der Fürjörgenanstalt.

Wachen, 23. März. Nach zweitägiger Verhandlung wurde heute das Urteil im Prozeß der Fürjörgenanstalt Maueel bei Gmünd verkündet. Die Hauptangeklagten, darunter die Ehefrau des früheren Direktors Maries, erhielten Gefängnisstrafen von 3 bis 3 Monaten. Vier andere Angeklagte wurden mit Geldstrafe von 20 bis 500 Mark bedacht. — (Es handelt sich wieder um Verhandlungen von Fürjörgesgänger. U. a. wurden wiederholte Male 150 Stodfische ausgeteilt. Die Red.)

Den Geschäftsführer überfallen.

h. Berlin, 23. März. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II wurde heute der Köthensche Kurmann wegen verurteilten schweren Raubes an dem Geschäftsführer Leopold des „Grand Cafes“ in Spindenberg zu sechs Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust und der Hausdiener Karlowitz wegen Beihilfe zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Vermischte Brautnachrichten.

Wien, 23. März. Der Rücktritt des bulgarischen Kabinetts Malinow hat, wie die Wälder melden, seine Ursache in der Frage der Einberufung der großen Sobranje.

Zürich, 23. März.

Während im Gotthardgebiet Schnee in Mengen fällt, herrscht nördlich vom Gotthard prächtiges Frühlingswetter. Im Tessin regnet es unauffällig.

Paris, 23. März.

Die Wingerbewegung in Ruhe-Departement dauert fort. Die Arbeit der Militärgeheimdienstkommission ist sehr erschwert, da die Stellungs-pflichtigen mit roten Fahnen und Plakaten eintreffen, die antimilitarische Inschriften tragen.

Moskau, 23. März.

Der 18jährige Sohn des Reklamaturs Marzianoff hat nach einem Zwist seinen Vater, während dieser schlief, ermordet. Der Mörder ergriß die Flucht.

Petersburg, 23. März.

Heute früh wurden das kubanische Exekutivkomitee, das den Hochschulsstreik leitete, sowie viele Mitglieder der soz.-revolutionären Studentenvereingung verhaftet.

Beitrag: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Windmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meiner; Kunstteil, Vermischtes usw.: Martin Feuchtmayer; für den Inlandteil: Albert Barth und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. —
ausdrücklich Unterhaltungsblatt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“
 3 Uhr 10 Minuten. Kredit 210,25, Diskont 198,50, Deutsche Bank 271,25, Berliner Handels-gesellschaft 174,37, Dresdner Bank 164,12, Russische Anleihe von 1902 92,75, Türkische 180, Lombard 198,7, Kanada 232, Baltimore 103,25, Laurahütte 175,37, Bochumer Guis 232, Eisenhütten 210,01, Harpener 186,25, Deutsche-Luxemburg 198, Phönix 250,25, A.-E.-G. 271,50, Siemens 216,62, Hamburger Paketfabrik 142,37, Nordd. Lloyd 103,13, Große Berliner Straßenbahn 199, Warschau-Wiener 213,50, Tendenz: Ruhig.

Am Kassamarkt notierten höher: Omnibus-Ges. 450, Wiesbadener Kronbrauerei 2,75, Hoefel Brauerei 7,50, Holf. & Brauerei 3, Brauerei Königstadt 5,50, Schöffhofer 2, Patzenhofer Brauerei 2, Vereinsbrauerei 2,75, Callier Fahrrad 3,75, Exzeisor Fahrrad 15, Kronprinz Metall 4, Loewe & Co. 3, Sächs. Kartontagen-Maschinen 4,50, Wissener Metall 3, Rütgerswerke 2, Union chem. Fabrik 5, Donnersmarthütte Königsberg 10, Zellstoff 280, Deutsche Tiefbohr 3, Deutsche Waffenfabrik 5,50, Carl Lindström 3, Thörls Oelfabrik 3, Triphis 3, Wenderoth 6, G. Lorenz 3, Vogel 9,25, Deutsche Juteprinterei 2,75, Oberschles. Koks 3, Rositzer Braunkohlen 3; niedriger: Otavi Minen-Antelle 0,80, Kappel Masch. 5,75, Baer & Stein 4, Vogland, Maschinen 8, Wanderer Werke 4,75, Aplerbecker Bergwerk 4, Leipziger Piano 5.

Zum Kursverlauf. Berlin, 23. März. 4% Badische Staatsanleihe 08/09 neu 110, —, —, 4% Bayerische Staatsanleihe 101,00, 4% Bayerische Staatsanleihe 101,00, —, 4% Württembergische Staatsanleihe 91,50, 3% Kammerer Eisenbahn-Antelle 94,00, 3 1/2% Deutsch-Ostbahnische Schuldversch. (par. —), —, 4% Cottbusser Staatsanleihe 1000, —, —, 4% Dessauer Stadt-Anl. 1898 —, —, 4% Düsseldorf. Stadt-Anleihe 1000, 07, 09, 100,00, 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 —, —, 3 1/2% Jenaer Stadt-Anl. 1902 90,60, 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 100, 9/16, 101, —, 4% Thornser Stadt-Anl. 1909 neu 101, —, —, 4% Aproz. Hessische Komm.-Obl. X-XII —, —, 3 1/2% Oesterreichische Nordwestbahn-Obligationen 1874 neu 56,50, 4% Deutsche Südv. Werke 103,00, 4 1/2% Rhein. Eisenbahn-Anl. 190,00, 4% Fellen & Guilleaume-Lahmeyer 06, 08 102,50, Vereinigte Lausitzer Glas-hütten 40,00, 0.

London 23. März. Es notierten: *Engl. Konsols* 5,00, Rio Tinto 67,57, De Beers 184, Goldfields 53, Steel com 81,15, Steel pref. 125,6, Anglo Siam 112,0, Anglo 137,0, Anglo 137,0, Chartered 159, Aurora Vert 4,31, Clondra Consols 1,75, Johannesburg Goldfields 130, Van Ryn 4,28, Alrosa (Generals) 1,71, Band Consolid 0,51, East Rand Consols 20,3, General Mining & Fin. 1,75, A. Gore & Co. 1,15, Modderfontein 12,25.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 23. März.

Kauf.	Verk.	Kauf.	Verk.
Adolfshütten-Aktien	61,00	63,00	60,00
Alexandershall	14,00	14,20	14,00
Bismarckhütten-Akt.	137,1	137,1	137,1
Burbach	16,80	16,80	16,80
Carlsbad	157,00	158,00	157,00
Deutsche Kali-Akt.	113,00	114,00	113,00
Eisendahl-Akt.	21,90	22,20	21,90
Glockenb. Sondersh.	6,50	6,50	6,50
Groschew v. Sachsen	6,25	6,30	6,25
Guthershall	89	90,00	89
Hannov. Kali-Aktien	57,50	58,00	57,50
Hansa Silberberg	145,00	145,00	145,00
Hastorf-Aktien	8,50	8,50	8,50
Heiligensdorf	85,00	84,00	85,00
Helldorf-Aktien	86,25	86,25	86,25
Heldungen I	2,50	3,00	2,50
Henzungen	3,70	3,70	3,70
Hermann II	3,70	3,75	3,70
Johannesb.	8,50	8,50	8,50
Kohlenzeiler	7,50	7,50	7,50
Hugo	6,00	6,00	6,00
Immenrode	6,00	6,00	6,00
Johannesb.	6,00	6,00	6,00
Justus-Aktien	100,00	101,00	100,00
Krüggershall-Aktien	129,00	130,00	129,00
Ludwigshall-Aktien	88	88,00	88
Neusolstedt	27,00	27,00	27,00
Nordhäuser Kali-A.	136,50	137,50	136,50
Prinz Adalbert-Akt.	40	42	40
Reichshagen (Lossa)	152	150	152
Richard	132,5	132,5	132,5
Ronnenberg-Aktien	126,10	127,50	126,10
Rothenberg	96,50	97,00	96,50
Schickau	150,00	150,00	150,00
Salsdorf-Aktien	245,00	250,00	245,00
Salmünde	67,25	68,25	67,25
Siegrüder	6,40	6,50	6,40
Siedersdorf	15,00	15,00	15,00
Tetonia-Aktien	117,1	118,50	117,1
Walbeck	7,30	7,40	7,30
Wilsenhall	14,00	14,20	14,00
Wintershall	21,50	22,50	21,50

Das Eisenwerk Brüner Akt.-Ges. in Artern führt in seinem Geschäftsbericht über das Jahr 1910 u. a. folgendes aus: Das abgelaufene 10. Geschäftsjahr in einem befriedigenden Verlauf genommen und uns eine Umsatzerhöhung von 30 Proz. gebracht. Die in unsere Fabrikation neu aufgenommenen Spezialitäten haben sich erfreulicherweise recht gut eingeführt und die Nachfrage darin sehr lebhaft. Durch Erweiterung unseres Fabrikationsprogramms erweisen sich unsere Werkstätten- und Niederlagsräume als zu eng, so dass wir, um rationell arbeiten zu können, gezwungen sind, noch ein Fabrikgebäude zu erbauen. Die Betriebskraft wird für die vergrößerte Produktion auch nicht mehr stark genug sein. Ein neues Dampfmaschine, Dynamomaschine und Dampfkesel beschaffen. Nach Abzug von 10 038 Mk. für Abschreibungen ergibt sich ein Reingewinn von 38 238,83 Mk. einschließlich des Vortrages von 902,20 Mk. aus dem Vorjahre, den wir wie folgt zur Verteilung vorschlagen: zum Delkrederkonto 1500 Mk., zum Verfügungsfonds 5000 Mk., zum Talonsteuerfonds 1500 Mk., Divid. 8 Proz. 4822 Mk., Vortrag auf neue Rechnung vertragssmäßige Tantieme 4822 Mk., Vortrag auf neue Rechnung 5185,83 Mk. Wir sind zurzeit voll beschäftigt und es liegen zu spätener Erledigungen reichlich größere Aufträge vor, so dass die neuen Fabrikräume voll ausgenutzt werden können.

Konsolidiertes Braunkohlenbergwerk „Caroline“ bei Offleben, Akt.-Ges. in Magdeburg. Laut Geschäftsbericht wurde infolge eines Wolkenbruchs die Fortstellung der Seilbahn bis zum Schluss des abgelaufenen Jahres verzögert, so dass am erst zu dieser Zeit die Kohlenförderung aus dem neuen Tagebau aufgenommen werden konnte. Nach Abzug der Abschreibungen von 320 366 (325 399) Mk. verbleibt zuzüglich des Gewinnvortrages von 74 883 (73 926) Mk. ein Reingewinn von 525 534 (566 092) Mk., von dem demnächst wieder 30 Proz. Dividende verteilt und 41 797 Mk. vorgetragen werden sollen. Für seine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, dürfte für das kommende neue Geschäftsjahr auf Grund der bereits getätigten und noch in Aussicht stehenden Abschlüsse in Kohlen und Bricketts ein den Verhältnissen entsprechend befriedigendes Resultat zu erwarten sein.

Kalialzbergwerk Gemarkung Siegfried I. in Vogelsbeek bei Salzdorf. Die Ausbeute für das erste Quartal 1911 kommt mit 100 Mk. für den Kux zur Auszahlung.

Zur Kapitalerhöhung der Gasmotorenfabrik Deutz. Die Verwaltung teilt zu dem kürzlich gemeldeten Antrag auf Kapitalerhöhung mit: „Die neuen 4 530 000 Mk., vom 1. Juli 1911 ab dividendenberechtigten Aktien werden von einem unter der Führung des A. Schaffhausen'schen Bankvereins stehenden Konsortium zum Kurse von 116 Proz. abzüglich 4 Proz. f. J. Stückzinsen bis 30. Juni 1911 übernommen. Das Konsortium trägt alle mit der Kapitalerhöhung und der Einführung der neuen Aktien und der Besetzung zusammenhängenden Kosten, Stempel usw. und hat die Verpflichtung, den bisherigen Aktionären auf je nom. 4800 Mk. der bisherig. Aktien je eine neue Aktie zu je nom. 1200 Mk. zum Kurse von nicht über 124 Proz. 124 Proz. abzüglich 4 Proz. f. J. Stückzinsen bis 30. Juni 1911 und zuzüglich des ganzen Schlussnotenzins anzubieten. Bei der letzten Aktienemission 1903 betrug der Uebernahmefurs für das Konsortium 120 Proz. der Anbietetkursen an die Aktionäre 125 Prozent. Dabei sind die sämtlichen Kosten der Kapitalerhöhung und der Einführung an der Börse zu Lasten der Gesellschaft.

Zur Lage der deutschen Kesselfindustrie. Aus den Kreisen dieses Industriezweigs wird der „Frk. Ztg.“ geschrieben: „Die

geplante Preisvereinbarung mit event. Kontingentierung des Absatzes ist, nachdem die Besprechungen im Januar in Köln und im Februar in Berlin ergebnislos verlaufen sind, als endgültig gescheitert zu betrachten. Infolge dieser Unmöglichkeit scheint die Kesselfindustrie denselben schweren Zeiten, wie die Röhrenindustrie seit Aufhebung des Kartells, entgegenzugehen, denn die Verkaufspreise sind seit Auflösung des Verbandes deutscher Wasserrohrkesselfabriken in Köln um mehr als 20 Proz. gefallen und letzthin werden, verursacht durch die grosse Ueberproduktion und durch die Unmöglichkeit, bei den jetzigen Verkaufspreisen zu exportieren, fast unerschütterlich Leistungsverpflichtungen darüber hinaus zu erfüllen, so dass im allerbesten Falle vielleicht noch gerade die Betriebskosten gedeckt werden können.“

Vogtländische Maschinenfabrik — Fabrische Buchdruckerei. In dem Patentstreitverfahren, das die Fabrische Buchdruckerei in Magdeburg in der Angelegenheit des ihr gehörenden neuen Bilderdrukverfahrens gegen die Vogtländische Maschinenfabrik in Plauen eingeleitet hatte, ist, wie wir hören, ein Vergleich zustande gekommen.

Transaktion Westeregale-Roselben. Wie der „Börs.-Cour.“ erfährt, besteht die Wahrscheinlichkeit, dass die Transaktion Westeregale-Roselben nicht zustande kommt, da sich, soweit sich das von Westeregale entsprechende Barzahlung, auch von anderer Seite, solchen Mehrforderungen gestellt sei, doch ist nach den bisherigen Verhandlungen die Verwaltung von Westeregale nicht geneigt, mehr zu bewilligen. Westeregale verweist darauf, dass die vorgeschlagene Abfindung in Westeregale-Aktien am Tage der Publikation bereits wesentlich den damaligen Kurse übersteigt.

Rheinische Möbelstoff-Weberei vorm. Dahl & Hunsene Akt.-Ges. in Barmen. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 11 Proz. fest und genehmigte die Kapitalerhöhung um 400 000 Mk. Die neuen Aktien, die ab 1. Januar d. J. dividendenberechtigt sind, werden von der Kommerz- und Diskontobank und dem Barmen Bankverein zu 130 Proz. übernommen und die bisherigen Aktionäre im Vergleich von 5-2 zu 140 Proz. abgegeben werden. Die Aussichten seien gute, die Umsätze in den beiden ersten Monaten seien grösser als im Vorjahre.

Rheinische Linoleumwerke Paderburg, Akt.-Ges. Der Betriebsergebnis für 1910 beträgt 1 096 533 (1 068 348) Mk. Die Nettozinsen, Zinsen usw. erforderten 590 734 (544 726) Mk., Ausbesserungen 43 755 (41 513) Mk., Abschreibungen 244 277 (242 943) Mk., Zuzüglich 60 146 (26 275) Mk. Vortrag ergibt sich ein Reingewinn von 279 933 (264 441) Mk. zur folgenden Verwendung: Zur Reserve 105 733 (119 588) Mk., zur ausserordentlichen Rücklage 30 000 (20 000) Mk., Rückstellung für die Talonsteuer 5000 Mk. (wie i. V.) als Dividende werden wieder 5 Proz. vorgeschlagen, während 64 190 (60 146) Mk. für neue Rechnung begeben.

Der der Verdingung von 1 1/2 Mill. Mk. Proz. Karszler Stadt- und Eisenbahn-Gesellschaft. Die Höchstgebote gaben die Dresdner Bank-Diskontogesellschaft-Bankhaus Pfeiffer-Kassel mit 100,3 Proz., ab dem Mindestgebote gaben C. Schlesinger & Co.-Berlin-Gebr. Reinach-Kassel mit 99,01 Proz.

Die Lederhantelwerkfabrik Max Sabatzky in Halberstadt ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Firma bietet im Vergleichswerte 50 Proz. Die Passiven betragen ca. 105 000 Mk.

Kammgarnspinnerei zu Leipzig. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 13 Proz. fest. Die Verwaltung bezeichnete die Aussichten als zuversichtlich. Die prozentweise Baisse am Wollmarkt sei nicht eingetroffen, die australische Schur sei sehr ungunstig. Störend wirkte die Anomalie zwischen den hohen Wollpreisen und den um 10 Proz. niedrigeren Garpreisen. Die Textilindustrie sei anhaltend gut beschäftigt, insbesondere der Export; doch bezweigte die Mode letzter mehr Tuch- und Streichgarn.

Die Daimler Motorengesellschaft beantragt für 1910 10 Proz. (i. V. 8 Proz.) Dividende und die Erhöhung des Grundkapitals von 4 889 000 Mk. auf 8 Mill. Mk.

Gebhard & Co. Akt.-Ges. (Seidenweberei) in Volkwinkel. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 18 Proz. fest. Wie die Verwaltung ausführt, sind die Aussichten für das laufende Jahr nach dem bisherigen Verlauf durchaus zufriedenstellend.

Magdeburger Strasseneisenbahn-Gesellschaft. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 8 1/2 Proz. fest. In den Aufsichtsrat neugewählt wurden Dr. Karl Mattes-Stuttgart und Ingenieur Richard Wolfes-Breslau.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Warenbörse, 23. März. Am Frühlmarkt notierten: Weizen inländ. 147,00-148,00 ab Bahn und frei Mühle. Hafer märkischer mecklenburger, poln., preussischer, pommerscher und schlesischer per 172-173, mittel 162-171, feinsten 159-161, russischer, ungarischer 137-145, amerikanischer 137-145, amerikanischer, Weizen, Mais amerik. mixed 133-138, neuer abfallender —, runder 138,00-143,00 frei Wagon. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 144,00-150,00, freie 160-160, russische und Donau leichte 137,00-140,00, schwere 142-146 ab Bahn und frei Wagon. Erbsen inländische und ausländische Futtererbsen mittel 153-150, Tanbenerbsen 160-168 ab Bahn und frei Wagon. Weizenmehl 0 und 24 bis 26,75. Roggenmehl 0 und 1, 17,50-20,90. Weizenkleie 9,75-11,10 Roggenkleie 9,50-10,25.

Magdeburg, 23. März. (Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg.) Weizen engl. und Sommer-ruhig gut 100-110, Weizen Bauh-191-102, Roggen inländ. ruhig gut 144-149, Gerste anland. 109-102, Borsener 139-141, Hafer inl. ruhig, gut 166-172, Mais runder ruhig, gut 133-138, amerik. besser, gut 132-134 Mk.

Hamburg, 23. März. (Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Hamburg.) Weizen engl. und Sommer-ruhig fest La Plata 193-24, mixed 109-112, Borsener 139-141, Hafer inl. ruhig, gut 166-172, Mais runder ruhig, gut 133-138, amerik. besser, gut 132-134 Mk.

Liverpool, 23. März. Hafer Winterweizen per Mai 6,51, per Juli 6,51, Still. Mais, amer. Mai 4,51, La Plata Juli 4,51. Still.

Paris, 23. März. Weizen per April 11,68 G., 11,69 B., per Mai 11,47 B., 11,48 B., per Okt. 10,19 G., 10,19 B., Roggen per April 17 G., 18 B., per Okt. 8,02 G., 8,03 B., Hafer per April 8,56 G., 8,56 B., Mais per Mai 5,55 G., 5,56 B., Raps Aug. 13,70 G., 13,65 B.

Amsterdam, 23. März. Deutscher La Plata, Kontrakt B., per März 6,50, 6,50, Still. 6,70, Septbr. 6,67, Novbr. 6,60 Fr. Umsatz 160 000 kg. Still.

Zucker.

Hamburg, 23. März. Rübenzucker I. Produkt, Basis 98%, Rendement ohne Usance, frei am Bord Hamburg abwärts

	abwärts	abwärts
per März	10,75	10,62 1/2
per Mai	10,75	10,70
per August	10,82 1/2	10,75
per Oktober	10,85	10,65
per Dezember	10,85	10,65
per Januar	10,17 1/2	10,10
ruhig	mat	mat

Kaffee.

Hamburg, 23. März. Good average Santos abwärts

	abwärts	abwärts
per März	54 1/4 G.	54 1/4 G.
per Mai	54 G.	54 1/4 G.
per September	52 1/2 G.	52 1/2 G.
per Dezember	52 G.	52 1/2 G.
ruhig	bekausp	bekausp

Rio de Janeiro, 23. März. Kaffee-Zutragen 4000 Sack in 1910 3600 Sack in Santos.

Paris, 23. März. Kaffee good average Santos per März 65 1/2, per Mai 65 1/2, per Sept. 65 1/2, per Dez. 65. Bht.

Eier.

Berlin, 23. März. Eier pro Schock, vorläufig inländische — bis —, in- und ausländische bessere Sorten 3,25-3,75, in- und ausländische geringere Sorten 3,10-3,20, weiße Sorten —, Kihlausener —, Kalkener —, 4000 Eier 2,60-3,00 Markt. Flu.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Magdeburg, 23. März. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 20,50 21,00. Ruhig.

Berlin, 23. März. Kartoffelmehl u. -Stärke 20,00-20,50. Feinstes Kartoffelmehl 10,50.

Schlittis.

Nordhausen, 23. März. Brantwetter 40 Vol. Proz. für 100 Fr (105-100 l) 87,75-88,75 M., do. 46 Vol. Proz. für 100 kg (106-107 l) 98,00-99,00 M., per loko und März-September 1911 ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Öle.

Butter, Schmalz, Speck. (Originalbericht von Gebr. Gause.) Berlin, 23. März. Butter: Das Geschäft zeigte auch in dieser Woche wenig Belebung. Die Zufuhren waren ziemlich gering und konnten sich nur für geringere Qualitäten die Preise behaupten, während zweite und dritte Qualitäten dringend angeboten und schwer verkäuflich waren. Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter die Qualität 125-127 Mk., die Qualität 120-125 Mk., Schmalz 1: Grössere Schweinefleisch, zufrühren und dadurch veranlasste Verkäufe der Packer verursachen bei Beginn der Woche zunächst einen Rückgang der Preise, welche sich jedoch wieder erholen, als die Schweinezufuhren nicht mehr, wie erwartet, gross waren, auch der Konsum die zurückgegangenen Preise zu Einkäufen benutzte. Die heutigen Notierungen sind: Choice Westing Steam 52 1/2-53 1/2, Mark. amerik. Teilchalmaz Borussia 55 1/2, Berliner Bräuschmalz Krone 54-64 Mk., Berliner Bräuschmalz Kornblume 55-64 Mk. — Speck: Unverändert.

Kola, 23. März. Baböl loko 66,00, per Mai 63,50.

Hamburg, 23. März. Städtischmalz 54,00, amer. Steam 44,75, Ombauilma 48,00.

Chemische Produkte.

Hamburg, 23. März. Chl.-Alkalper per loko 9,67 1/2, Faba-Märs 9,80 frei Fahrzeug Hamburg. Fest.

Wolle.

Bremen, 23. März. Baumwolle stetig. Upl. loko middl. 73,50 Pfd. Liverpool, 23. März. Baumwolle. Umsatz 8 000 Ballen, Import 9 000 Ballen, davon Amerikaner 9 000 Ballen.

Liverpool, 23. März. Assortierte Baumwolle per Mai 94,00.

Alexandria, 23. März. Ägyptische Baumwolle per Mai 18,00, Juli 18,00, Nov. 18,00.

Metalle.

London, 23. März. Chili-Kupfer träge 64 1/2, 8 Mon. 64 1/2, Zinn Straits kettig 162 1/2, 3 Mon. 161 1/2, Blei span., träge 13 1/2, engl. 13 1/2, Zink gewöhnliche Marke, 30 sp. Marke 24.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelemdung via Azoren-Berlin.

New York.	23.3.	22.3.	Chicago.	23.3.	22.3.
Weizen p. Mai	99 1/2	97 1/2	Weizen p. Mai	89 1/2	89 1/2
Malz p. Mai	65 1/2	65 1/2	Malz p. Mai	96 1/2	96 1/2
Hafer p. Mai	5 1/2	5 1/2	Hafer p. Mai	48 1/2	48 1/2
Upl. Spring clean	3,70	3,70	Upl. Spring clean	49 1/2	49 1/2
Kaffee per März	127	127	Kaffee per März	90 1/2	90 1/2
per April	10,83	10,47	Boggen p. Jan.	62	62
per April	10,53	10,47	Sehmalz p. Mai	8,86	8,86
Petroleum in Cases	9,00	8,90	Petroleum in Cases	9,00	8,90
in New York	7,60	7,60	in Philadelphia	7,40	7,40
in Philadelphia	7,40	7,40	Tenden:	Weizen willig.	Malz willig.

Schiffsnachrichten.

Hamburg-Amerika-Linie.

(Bureau in Halle: Georg Schultze, Bernburgerstr. 32.)

Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: Nach New York: 23. März Pretoria. 30. März Kaiser August Victoria. 6. April Perim. 13. April Bulgarien. 20. April President Lincoln. 27. April Amerika. 6. Mai Pennsylvania. 11. Mai Kaiserin August Victoria. — Nach Boston: 28. März Bosnia. 12. April Bethania. — Nach Baltimore: 28. März Bosnia. 12. April Bethania. — Nach Philadelphia: 31. März Prinz Okaz. 16. April Prinz Adalbert. — Nach New Orleans: 25. März Atlantic. 30. April Dortmund. — Nach Westindien: 22. März Sicilia. 30. März Cheruska. 3. April Patagonia. 5. April Niderwald. — Nach Mexiko: 28. März Corcovado. 3. April Bavaria. — Nach Ostindien: 28. März Brasilia. 31. März Scandia. 7. April Argensia. 14. April Slavonia. — Nach Wladivostok: 24. März Esrom. 26. März Abgelaide. — Nach Harbin. 3. April Nonsuch. 6. April Erviken. 10. April Den of Ogl. — Arabisch-Perischer Dienst: 27. März Ekbatana.

Oesterreichischer Lloyd.

(Bureau in Halle: Max Lippmann, Volkmanstr. 4.)

Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: nach Venedig: 25. und 28. März Metcovich; nach Dalmatien: 25. März Eilinie Trieste-Cattaro (A) Graf Wurmbrand, 27. März Eilinie Trieste-Spiza (A) Sarajewo, 28. März Eilinie Trieste-Cattaro (A) Baron Gautsch, 29. März Dalmatinisch-albanesische Linie Adelsberg (A) berührt: Pola, Lussinpicolo, Zara, Spalato, Lesina, Gravosa, Castelnuovo und Cattaro; B berührt: Pola, Lussinpicolo, Zara, Spalato, Makarska, Curzola, Gravosa und Cattaro; nach der Levante und dem Mittelmeer: 27. März Linie Trieste-Syrien Gorizia, 28. März Griechisch-orientalische Linie (B) Stambul, 28. März Eilinie Trieste-Konstantinopel Baron Beck; nach Ostindien. China, Japan: 25. März Linie Trieste-Kalkutta Maria Valeria, 27. März Linie Trieste-Kobe E. F. Ferdinand, 1. April Linie Trieste-Bombay Koerber, 12. April Linie Trieste-Kalkutta Vindobona, 16. April Linie Trieste-Bombay Bohemia.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Stelle	am	Umsatz.	22. März	+0,73	23. März	-0,73	3
Artern, Bräckenpögel	22	+0,73	23	+0,73	3	—	—
Nebra, Oberpegel	—	+2,18	—	+2,18	2	—	—
Unterpegel	—						

